

POLIZEI REPORT

G 6789
ISSN 1869-6805

Nr. 135 · Juni 2012



**BEZIRKSGRUPPE FRANKFURT/M. IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI,
POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V. UND DER
PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN**

POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen
der Bezirksgruppe Frankfurt
der Gewerkschaft der Polizei
und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V.
und der Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp.de/hessen



für den Großraum Frankfurt

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.

Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg
Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für
Öffentlichkeitsarbeit, Kölner Straße 132,
57290 Neunkirchen

Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

O. Jochum

Redaktion:

Vi.S.d.P.: Wolfgang Link, Petra Moosbauer,
Sibylle Perrot

GdP BZG Frankfurt
60389 Frankfurt/M., Seckbacher Landstraße 6

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt.
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag
enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte
wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-
lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch
auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;
die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel
werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr
veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das
Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benut-
zung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt
und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen
Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz
vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts
(Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch
ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigen-
werbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 15.10.
(ISSN 1869-6805)

Aus dem Inhalt

Auf ein Wort

Seite 4

Einsatzbetreuung

Seite 7

Politik lässt Polizei im Stich

Seite 13



Die verblödete Republik

Seite 19

GdP gewinnt trotz Verlusten die
Wahl

Seite 21

Mitarbeitergespräche im
Ordnungsamt

Seite 25

Ökumenischer Gottesdienst

Seite 26

Mahl der Arbeit

Seite 29

Mai Demo

Seite 31

Aktuelle Urteile

Seite 35

Ehrungen

Seite 39

KG Süd

Seite 43

Festveranstaltung Stadt Frankfurt

Seite 45

Green Lions

Seite 46



Abenteuerurlaub Kreta

Seite 51

Reiseangebot Hawaii

Seite 53

Familiengrillfest

Seite 54

Gerechtigkeit braucht Solidarität

Seite 57

Hessische Polizeistiftung

Seite 60

Erfahrung gestaltet Zukunft

Seite 63

Seniorenausflug 2012

Seite 73



Buchbesprechung Barack Obama

Seite 74



Zum Titelbild: Das GdP Betreuungsteam ist immer da, wenn es gebraucht wird.

AUF EIN WORT...

Liebe Kolleginnen und Kollegen



Wenn man die Ereignisse der letzten Wochen genauer analysiert, wird man unschwer feststellen, dass die

Warnungen der GdP offenbar auf keinen fruchtbaren Boden gefallen sind. Schon seit mehreren Jahren hat die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamten in außergewöhnlichem Maß zugenommen und die überwiegende Mehrheit unserer Politiker schaut einfach weg oder fordert gar Bestrafungen von Polizeibeamten bzw. Wiederaufnahme bereits eingestellter Verfahren, die nach Feststellungen der Gerichte eingestellt werden mussten, weil die Beamtinnen und Beamten während ihres rechtmäßigen Einschreitens nachweislich in Notwehr/Nothilfe gehandelt haben. Sitzt die Polizei wieder einmal zwischen den Stühlen und wird von allen als Prügelknabe missbraucht? Es kommt einem wirklich so vor. Selbst die Autonomen in unserem Land haben erkannt, dass viele Politiker nicht zu ihrer Polizei stehen und nutzen dies gnadenlos aus, wenn man die Ausschreitungen während der jüngsten Demonstrationen noch einmal Revue passieren lässt. Andere Politiker wiederum geben unumwunden zu, dass sie das Grundrecht der Versammlungsfreiheit über die höchsten Rechtsgüter wie das Leben und die körperliche Unversehrtheit stellen. Wer wählt diese Leute, die offenbar aus Parlamenten heraus den Staat in Frage stellen? Selbst wenn es abgedroschen klingt, so muss sich doch jeder allen Ernstes fragen, wer die schützt, die den Staat und seine freiheitlich demokratische Grundordnung schützen und mit ihrer Gesundheit und sogar ihren Leben dafür einstehen. Wir haben aber nach wie vor einen starken Verbündeten – nämlich unsere Bürgerinnen und Bürger, deren Solidarität den vielen Polizeibeamtinnen und -beamten in unserem Land gut tut. Politiker, die sich gegen ihren

Polizei und somit gegen die Gesellschaft stellen, werden dies bei den nächsten Wahlen empfindlich zu spüren bekommen, was nun schon allzu oft unter Beweis gestellt wurde. Doch, wenn solche „Volksvertreter“ oder „Volksverdreher“ 4 bzw. 5 Jahre solche Dogmen lostreten dürfen, ohne durch Parlamente in die Schranken verwiesen zu werden, ist das eine harte Prüfung für einen demokratischen Staat.

Tarifabschluss für Kommunen kann sich sehen lassen!

Ein Jahr vor dem Land Hessen war die Tarifgemeinschaft der Länder in die Verhandlungen eingetreten, bei denen auch Heinz Schiskowsky und Petra Moosbauer von hessischer Seite aus in Berlin mit am Verhandlungstisch saßen, weil die GdP, wie auch ver.di, eine nicht unerhebliche Anzahl von Mitgliedern bei den Kommunen vertritt. 6,3 % mehr Lohn, auf zwei Jahre verteilt, muss deshalb auch das Minimalziel bei den Verhandlungen zum TV-H sein, die Februar/März 2013 starten werden. Das Ergebnis in Berlin wurde nicht geschenkt. Als niemand mehr nach nächtelangen Verhandlungen mit einem Abschluss rechnete, wurde jedoch der Knoten durchschlagen und Arbeitgeber sowie Gewerkschaften rangen sich zu einem durchaus akzeptablen Verhandlungsergebnis durch. Allein die Forderung, von mindestens 200 für die unteren Einkommensgruppen, konnte nicht umgesetzt werden. Es ist nicht nachzuvollziehen, dass der öffentliche Dienst jahrelang Verzicht geübt hatte, um gemeinsam mit den Arbeitgebergebern die Haushalte zu sanieren. Anstatt jedoch die Neuverschuldung auf ein vernünftiges Maß herunterzufahren, hatten sich die öffentlichen Arbeitgeber darauf verlassen, mit erneuten Verzichten der Arbeitnehmer, die Ausgaben weiter unkontrolliert anwachsen zu lassen. Während der öffentliche Dienst Maß gehalten hatte und zum Teil sogar Nullrunden in Kauf nahm, hatten andere Beschäftigungszweige beachtliche Gehaltszuwächse. Die Schere ging immer weiter auseinander und auch der öffentliche

Dienst wollte nun endlich zumindest die Inflationsrate der letzten Jahre ausgeglichen wissen. Bei den nächsten Verhandlungen für Hessen muss die Politik ihre gemachten Zusagen auch halten und die Einkommensverbesserungen auch für die Polizeibeamtinnen und -beamten zeit- und deckungsgleich übernehmen. Loyalität und Treue muss schließlich auf geschätzt werden.

Wiederholt sich 2013 die Streichung der Jubiläumsgabe?

Dass die Beamtinnen und Beamten der Einstellungsjahrgang 1973 für die verantwortlich handelnden Politiker nur Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zweiter Klasse sind, wurde bereits 1998 eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Wie alle privaten Betriebe hat sich auch das Land Hessen auf die Fahnen geschrieben, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre langjährigen treuen Dienste zu danken, wenn sie 25, 40 oder 50 Jahre lang als Polizeibedienstete zum Wohl des Staates treu und brav ihren Dienst abgeleistet haben. Offenbar war aber der Einstellungsjahrgang 1973 dem Land Hessen eine solche Anerkennung nicht wert. Ohne Hinweis, warum gerade dieser Jahrgang nicht ins politische Konzept passt, wurde diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes Hessen die Jubiläumsgabe verwehrt. 2013 begeht dieser Einstellungsjahrgang sein 40-jähriges Dienstjubiläum und jeder der Betroffenen wartet gespannt darauf, ob ihnen 2013 eine Anerkennung ihres Arbeitgebers zu Teil wird. Nach 40 Jahren erhalten Beamtinnen und Beamte eine Jubiläumszulage in Höhe von 410 €, was jährlich exakt 10,25 € und täglich dem fünften Teil eines Cent entspricht. Es ist beschämend, dass die Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen ihrem Arbeitgeber gerade einmal alle 5 Tage einen (1) Cent wert sind. Bleibt abzuwarten, ob der Einstellungsjahrgang 1973 weiterhin absolut wertlos ist und keinerlei Wertschätzung erhält – verwundern würde dies bei dieser Politik niemanden.

Euer Wolfgang Link

Einsatzbetreuung



Manfred Diem und Helmut Loos freuen sich über die Betreuung am Stand der GdP.

Eine logistische Herausforderung war für die Frauen und Männer der Abteilung Zentrale Dienste beim Polizeipräsidenten Frankfurt der Einsatz anlässlich der Blockupy-Tage vom 16. bis 19. Mai 2012 in Frankfurt. Wie bei allen solchen Großveranstaltungen

Kontakt zwischen den verantwortlichen Machern von der Versorgung und der Gewerkschaft wurde schon im Vorfeld versucht, den vielen Kolleginnen und Kollegen den Einsatz so angenehm wie möglich zu gestalten. Schon bei der Anreise der

de telefonischer Kontakt hergestellt; man kennt sich schließlich aus zahlreichen Einsätzen der letzten Jahre. Das setzte sich den gesamten Zeitraum über so fort, denn wenn alle Polizeien des Bundes und der Länder, mit Ausnahme der bayerischen



Mit schwerem Gerät zu arbeiten fällt den Kollegen der GdP nicht schwer.

zen versuchte auch die GdP im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Einsatz zu begleiten. Durch ständigen

vielen hundert Unterstützungskräfte aus Nordrhein-Westfalen am Nachmittag des 15. Mai 2012 wur-

Landespolizei, anreisen, muss seitens der Behörde und der GdP das gesamte „Know-How“ eingebracht



Fleißige Helfer bei der Essensausgabe.

werden. Denn ist allseits bekannt, dass wenn der Körper sich wohlfühlt, auch der Geist eine angenehme Stimmung verbreitet.

Dass das Ganze mit den Möglichkeiten im Präsidium über einen so langen Zeitraum nicht zustemmen war, leuchtete jedem ein, so dass wie schon so oft, auch die Messe in das Einsatzkonzept mit eingebunden war, um alle eingesetzten Kolleginnen und Kollegen entsprechend zu verpflegen und satt zu bekommen. Vom Leistungsvermögen der polizeilichen Versorgung konnten sich Innenminister Boris Rhein und die geladenen Pressevertreter bei einem Rundgang in der Messehalle überzeugen. Die Einheiten gaben sich die Klinke in die Hand. Hunderte von Polizistinnen und Polizisten kamen jeweils immer zeitgleich und waren innerhalb weniger Minuten versorgt.

Noch während sie dann beim Essen waren, kamen die nächsten Einheiten, so dass ein ständiges Kommen und Gehen war – und das rund um die Uhr. Vom Frühstück in Büffetform angefangen, über eine warme Mahlzeit zur Mittagszeit bis hin zum reichhaltigen Abendessen wurden alle versorgt. Frisches Obst, kleinere Snacks und Getränke standen jederzeit zur Verfügung und konnten von den in Bereitschaft gebrachten Einsatzbeamtinnen und –beamten jederzeit an einer der 4

Versorgungsstraßen entgegengenommen werden. Was die Versorger des Polizeipräsidiums geleistet haben, um ihre vielen in Einsatz befindlichen Kolleginnen und Kollegen angemessen zu versorgen, muss an dieser Stelle einmal erwähnt werden.

Die Hauptarbeit liegt mit Sicherheit in der Vorbereitung; denn wird in dieser Phase etwas versäumt, so ist es an den Einsatztagen, wenn ein solches Konzept greift, nicht mehr gutzumachen. Unerwähnt bleiben darf bei aller vorbereitenden Logistik allerdings nicht, dass auch die vielen für die Versorgung abgestell-

ten Polizeibesetzten an den Einsatztagen an die Grenzen ihres physischen und psychischen Leistungsvermögens stoßen und gerade während der „Blockupy-Tage“ mehrer Tage im Schichtdienst ihren Mann/Frau gestanden hatten.

Es war nämlich nicht nur an der Messe ein Stützpunkt aufgebaut, sondern auch im Polizeipräsidium, so dass alles ein klein wenig entzerrt wurde. Welche Rolle spielt die GdP bei der Versorgung? Die GdP hatte es sich schon seit Jahren zum Ziel gesetzt, bei großen Einsätzen die vielen hundert Kolleginnen und Kollegen angemessen zu betreuen, d. h. alles das zu tun, was die Behörde nicht in der Lage zu leisten ist. Wir verstehen uns nämlich nicht als Konkurrenz zu der polizeilichen Betreuung und Versorgung, sondern werden lediglich unterstützend tätig.

Die Stärke in dieser Betreuung liegt darin, dass unsere vielen Rentner und Pensionäre aus ganz Hessen sofort zur Stelle sind, wenn es heißt ihre im Dienst befindlichen Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen und dabei zu helfen diesen schon sehr anstrengenden Dienst etwas menschlicher zu gestalten.

Dass die GdP Hessen bei der Betreuung immer wieder für Überraschungen gut ist, hat sich seit der WM 2006 überall herumgesprochen. So hatten die Kolleginnen und Kollegen aus Nordrhein-Westfalen gleich bei ihrer Ankunft gefragt, was die GdP bietet.



Pensionäre unter sich: Konrad Jänicke und Lothar Keller unterstützten die Einsatzbetreuung.



In den Pausen war für Unterhaltung gesorgt, auch der Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller und der PR-Vorsitzende von Nordhessen, Klaus Vestweber betätigten sich sportlich.

Jedem war bewusst, dass die Betreuung während der „Blockupy-Tage“ nicht mobil von statten gehen konnte, weil durch die Vielzahl der Einsatzkräfte nicht jeder hätte erreicht werden können.

automaten von der Fa. Editho aufgestellt wurden. Von Mittwoch bis Freitag wurden täglich jeweils 6.500 Portionen ausgegeben. Am Samstag stellte die GdP auf Schaumküsse um, weil schwer kal-

Macchiato und weitere Kaffeespezialitäten gereicht, was bei allen sehr gut ankam. Neben dieser Betreuung hatten die verantwortlichen vor Ort auch eine Hotline geschaltet, wo jeder und jedem bei Rückruf schnell und unbürokratisch geholfen werden konnte. Hauptanliegen bei Anrufen auf diesen Hotlinenummern waren in erster Linie Fragen, wenn es um Ablösungen nach einem anstrengenden 12-Stunden-Tag/Nacht ging. Allen konnte geholfen werden, denn bei solchem Kräfte raubenden Einsatz, geht die Transparenz in der aufkommenden Hektik mitunter verloren. Alle Kolleginnen und Kollegen der GdP, die von Dienstag bis Samstag zur Betreuung der Einsatzkräfte in Frankfurt waren haben jeweils täglich im 2-Schichtenrhythmus ihren vielen hessischen und außerhessischen Kolleginnen und Kollegen den Einsatz etwas angenehmer gestaltet. Und was gibt es für ein schöneres Dankeschön als die Anerkennung der Polizistinnen und Polizisten, die nach dem Einsatz zum Teil Hände schüttelnd auf die GdP-Betreuer zukamen und voll des Lobes waren. So wird mein Lob für die Versorger des Polizeipräsidiums Frankfurt und die vielen Rentner und Pensionäre der



In Frankfurt arbeiten GdP und Dpolg zum Wohle der Kolleginnen und Kollegen miteinander und nicht gegeneinander. Dieter Langsdorf und Peter Wittig waren aktiv bei der Sache.

So baute die GdP auf der Messe und im Präsidium Pavillons neben den Ruhezeiten auf, wo Eistruhen mit Langnese Eis und Saeco Kaffee-

kulierbar war, ob die eingesetzten Kräfte die Stützpunkte anfahren konnten. So wurden Eis, Schaumküsse, Kaffee, Cappuccino, Latte

GdP bei so viel Anerkennung mit Sicherheit untergehen. Trotzdem ein ehrlicher Dank an alle!

Text und Fotos: Wolfgang Link

Politik lässt Polizei im Stich



Die Ruhe vor der Demo.

Nachdem es bei der Demonstration am 31.03.2012 in Frankfurt zu schweren Ausschreitungen mit mehreren verletzten Polizeibeamtinnen und -beamten sowie erheblichen Sachschäden in der Frankfurter Innenstadt kam, versuchte die autonome Szene die sogenannten „Blockupytage“ in der Zeit vom 16. bis 19. Mai 2012 als Plattform zu nutzen.

Die an für sich als absolut friedlich einzustufende Protestbewegung, an der sich Demonstranten aus allen Bevölkerungsschichten und unterschiedlichster Organisationen beteiligen wollten, erhielt über Nacht plötzlich einen negativen Touch, weil hunderte gewalttätiger Autonome übers Internet zu Gewalt gegen Sachen und gar Menschen aufriefen. Bezeichnend hierzu waren Film und Plakat, die eine Tsunami-Welle auf Frankfurt zurollen ließen, die zunächst vor Gebäuden nicht halt machte und dann auch noch Polizeibeamte vor sich hertrieb. Man braucht in der Tat nicht viel Phantasie, um die Aussage dieser Aufrufe zu deuten.

Umso erschütternder ist es für die Bürger mit Aussagen von selbsternannten Demokraten, wie den des Abgeordneten der LINKEN, Ulrich Wilken, konfrontiert zu werden, der in mehreren Interviews bei verschiedenen Fernsehsendern den Zuschauern suggeriert hatte, dass die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit als Grundrecht höher einzustufen ist, als das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Mitglieder dieser Partei setzten

sogar noch eines drauf, weil sie die Urteile der Gerichte bis hin zum Bundesverfassungsgericht nicht annehmen und akzeptieren wollten, was mit zivilem Ungehorsam nichts mehr zu tun hat. Im Hof des DGB in der Wilhelm-Leuschner-Straße wurden junge Gewerkschafter zur Teilnahme an den nichtgenehmigten

Veranstaltungen aufgefordert. Sind das unsere wahren Demokraten, die sich nicht an Recht und Gesetz halten? Es ist für hessische Polizeibeamte nicht gerade aufbauend, wenn gewählte Volksvertreter nicht zu ihrer Polizei stehen. Auch Andrea Nahles, Generalsekretärin der SPD, bezeichnete aus der Ferne die poli-



Überall in der Stadt verhinderte die Polizei nicht genehmigte Aktionen.

zeitliche Anwesenheit als maßlos überzogen. Die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles kritisierte das Verbot der fast alle durch das Gericht verbotenen Proteste. "Das lässt die Befürchtung zu, dass hier das Recht auf Versammlungsfreiheit nicht sehr ernst genommen wird",

sischen Polizeibeamtinnen und -beamten Solidarität und Anerkennung zu zollen, weil sie Leben und Eigentum der Bürger der Stadt Frankfurt mit ihrem eigenen Leben und der Gesundheit schützten und über Tage hinweg für die freiheitlich demokratische Grundordnung eintra-



Die GdP betreute die Kollegen an allen Einsatztagen, teilweise unterstützt von den anderen Berufsvertretungen.

gab sie zum Besten. Es ist schon erschreckend und lässt die Alarmglocken schrillen, wenn man feststellen muss, wie eine gewählte Vertreterin des Deutschen Bundestages die Gewaltenteilung in Frage stellt und das Bundesverfassungsgericht kritisiert. Umso schlimmer ist aber, dass die innenpolitische Sprecherin der SPD, Nancy Faeser, ihr gleich zur Seite sprang, ohne viel zu überlegen.

Es ist kein rühmliches Verhalten, sich gegenüber Gerichten, Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in solcher Form negativ zu äußern und schon mal gar nicht, wenn man über kurz oder lang Regierungsverantwortung übernehmen will. Ich kann hier nur sagen, dass gewissen Personen aus der Opposition die nötige Reife zur Übernahme der Regierungsverantwortung fehlt. Die Einsatzkräfte hätten sich bestimmt gefreut, wenn sich diese beiden Kritikerinnen vor Ort einmal ein Bild gemacht hätten, anstatt jetzt aus sicherer Distanz solche unhaltbaren Äußerungen von sich zu geben. Wo waren denn die Politikerinnen und Politiker dieser Partei als es darum ging, ihren vielen eingesetzten hes-

sen, weil sie einen Eid auf das Grundgesetz und die hessische Verfassung abgelegt haben. Solchen politischen, undurchdachten Äußerungen ist es doch zu verdanken, dass gerade diejenigen, die noch am 31.03.2012 nach der Polizei gerufen haben, jetzt gegen die Poli-



Auch unser Personalratsmitglied Bodo Pohl war eingesetzt.

zei heftigste Attacken reiten. Der Innenminister hat sich jedenfalls jeden Tag bei den vielen hessischen und außerhessischen Kräften sehen lassen und den Beamtinnen und Beamten das Gefühl gegeben, das zumindest er zu seiner Polizei steht, was auch dankbar so aufgenommen wurde.

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass in der Vergangenheit ein Innenminister während den gesamten Einsatztagen bei seiner Polizei war. Selbst bei der WM 2006, die über mehrere Wochen ging, war der damalige Innenminister Volker Bouffier nur sporadisch und zudem pressewirksam bei den eingesetzten



Großes Lob für die Organisation der Verpflegung an den Kollegen Tänzer.



Im Hof des Polizeipräsidiums war ein ständiges Kommen und gehen.

Kräften. Deshalb – Danke Herr Rhein, dass Sie jeder Zeit zu den vielen eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gestanden haben! Auch die Oberbürgermeisterin, Petra Roth, sowie der Ordnungsdezernent der Stadt Frankfurt,

demokratischen Grundordnung geleistet haben. 16 bis 20 Stunden Einsatzdauer für jede und jeden eingesetzte Beamtin und Beamten war keine Seltenheit. Umso befremdlicher waren dann propagandistische Berichterstattungen einiger

gewalttätigen Ausschreitungen vom 31.03.2012 alle Beamtinnen und Beamten trotz fehlender Unterstützung vieler Politikerinnen und Politiker hochmotiviert waren, damit sich solche Vorfälle nicht wiederholen.

Auch wenn die polizeiliche Gefahrenprognose von der Presse als „absurd“ bezeichnet wurde, so ist nicht weg zu kaschieren und weg zu revidieren, dass dieselben gewalttätigen Autonomen am 19. Mai im Demonstrationszug waren, die Geschäftsleute und Bürger am 31. März das Fürchten lehrten und in Angst und Schrecken versetzten.

Festgestellt werden muss deshalb ohne Umschweife, dass es nur dem massiven polizeilichen Auftreten zu verdanken ist, dass die bekannten Mitglieder des „schwarzen Blocks“ absolute Zurückhaltung zeigten, weil sie erkannt hatten, dass ihre „Spielwiese“ geschlossen war.

Selbst die Bewohner des Occupy-Camps bedankten sich bei der Polizei, dass sie ihre Zelte unbeschädigt nach den mehrtägigen Aktionen wieder übernehmen konnten.

Es wurde seitens dieses Personenkreises geäußert, dass dies wohl nicht der Fall gewesen wäre, wenn nicht eine sog. „Bannmeile“ um die EZB eingerichtet worden wäre. Sind diese wahren Protestler den Politikern eine oder mehrere Nasenlängen voraus?

Text und Fotos: Wolfgang Link



Elke Oswald im Gespräch mit Christian Hertel, der viele Stunden zur Unterstützung der Einsatzkräfte im Dienst verbrachte.

Markus Frank, waren des Öfteren bei den eingesetzten Polizisten aus insgesamt 15 Bundesländern und des Bundes.

Ehrlich gesagt, das tut gut, wenn zumindest einige Politiker wissen, was die vielen tausend eingesetzten Beamtinnen und Beamten für den weiteren Fortbestand der freiheitlich

Publikationsorgane, die wider besseres Wissen behaupteten, das ein Großteil der eingesetzten Sicherheitskräfte den Einsatz verweigert hätten, weil sie mit den Demonstranten solidarisch gewesen wären.

Tatsache ist aber, dass gerade wegen der menschenverachtenden

Die verblödete Republik

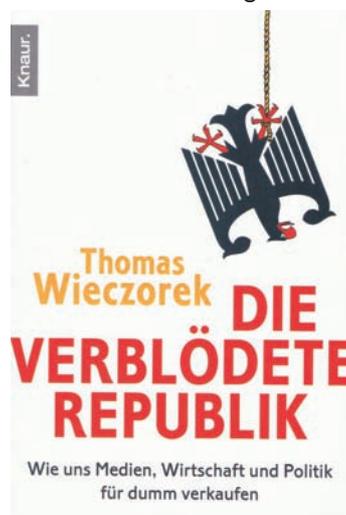
Wie uns Medien, Wirtschaft und Politik für dumm verkaufen

Der 57jährige Thomas Wieczorek ist studierter Volkswirtschaftler, Journalist und Parteienforscher. Er arbeitete für verschiedene renommierte Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen. Promoviert hat er mit dem Thema „Die Normalität der Politischen Korruption“. Schon das zeigt die kritische Einstellung des Bücherschreibers, dass er den Parteien und den Managern der Wirtschaft kritisch auf die Finger schaut, dass er die Hintergründe des politischen und wirtschaftlichen Geschehens ausleuchtet und öffentlich macht. Das macht er auch in dem hier besprochenen Werk „Die verblödete Republik“ mit dem Untertitel „Wie uns Medien, Wirtschaft und Politik für dumm verkaufen“. Das Buch ist 2009 erschienen im Knauer Taschenbuch Verlag, ISBN 978-3-426-78098-5, zum Preis von 8,95 Euro und im Buchhandel erhältlich.

Dass dieses Werk keine Eintagsfliege ist, zeigen die ebenfalls bei Knauer erschienen Bücher von Wieczorek: „Die Stümper“. Über die Unfähigkeit unserer Politiker. „Schwarzbuch Beamte“. Wie der Behördenapparat unser Land ruiniert. „Die DAX-Ritter“. Wie Manager unser Land ruinieren. „Die Dilettanten“. Wie unfähig unsere Politiker wirklich sind. In allen Werken nimmt der Autor kein Blatt vor den Mund, belegt seine Aussagen mit entsprechenden Quellenangaben und Hintergrundinformationen.

In seinem neuen Werk nimmt Thomas Wieczorek nicht nur Politik und Wirtschaft aufs Korn, auch die Medien werden nicht verschont. Das Fernsehprogramm werde immer seichter, zeige immer mehr Koch- und Tiergeschichten, Daily Soaps, Superstar- und Topmodel-Wettbewerbe, fülle die Abende mit meist sinnlosen Talkrunden und berufe sich auf zweifelhafte, weil nicht belegte, Gutachten und Umfragen in der Bevölkerung. „Man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen, Und das ganze Volk einen Teil der Zeit. Aber man kann nicht das ganze Volk die ganze Zeit täuschen“, zitiert er den einstigen

amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln. Es ist auch nicht alles wahr „weil’s in der Zeitung steht“, wie ein Liedermacher einmal sang. Meinungsfreiheit ist die Freiheit einiger weniger Medienmacher, weiß Wieczorek. Die wahre Volksverblödung aber findet genau dort statt, wo sie der selbsternannte Bildungsbürger am wenigsten vermutet: in den Medien, der Wirtschaft und vor allem in der Politik, schreibt der Autor. Wer all die hochgestochenen



Berichte und Kommentare der „seriösen Medien“, die supergewichtigen Konjunkturprognosen der Wirtschaft und die treuerhizigen Wahlversprechen der Politik so unreflektiert aufsaugt wie der Bibeltreue das Alte Testament, der ist schon hereingefallen. Heraus kommt ein Abklatsch, der noch weniger Wert ist als ein Zerrbild. Letzteres nämlich könnte man – rein theoretisch entzerren. Was den Bürgern allerdings Tag für Tag, Woche für Woche, Jahr für Jahr zugemutet wird, das ist – wie der Volksmund zu Recht sagt – „so falsch, dass nicht einmal das Gegenteil stimmt“. Dass noch immer viel zu viele Mitbürger dem geballten Müll der Meinungsmacher vertrauen, ist die schlechte Nachricht. Dass immer mehr Menschen den Verblödungsprofis auf die Schliche kommen – siehe auch manche Nichtwähler – lässt hoffen, schreibt Wieczorek. „Stuttgart 21“ ist ein positives Beispiel.

Der Autor greift die „Soziale Marktwirtschaft“ ebenso auf wie den „Neoliberalismus“. Er sieht im

„Ehrenamt“ die Dummen, geißelt die sich immer weiter ausbreitende Schere zwischen arm und reich ebenso wie den Spruch, dass Mindestlohn den Aufschwung gefährdet. Er zeigt auf, dass immer die kleinen Leute mit weniger Einnahmen und höheren Steuern den Karren aus dem Dreck ziehen, den skrupellose Manager und Banker dorthin gefahren haben. Reiche Leute werden geschont. Unter Helmut Kohl mussten sie höhere Steuern zahlen als unter Rot-Grün. „Heuschrecken“, das Übel in vielen Wirtschaftszweigen, wurden auch erst durch Schröder und Fischer möglich. Fehler haben aber auch CDU, FDP, Grüne und Linke gemacht. Irgendwo geht es ihnen alle irgendwie um Macht und nicht um Gerechtigkeit. Wieczorek entlarvt den Spruch „Kapital“ arbeitet“, zeigt auf, dass auch mit Riester-Rente die Alten künftig verarmen, dass „Kundenberater“ von Banken und Versicherungen mehr auf ihren eigenen Vorteil schauen als auf den ihrer Kunden. Er weiß, dass Meinungen erkaufte werden von allen, die ein Interesse an der Erhaltung der Macht haben. Kriege am Balkan, im Irak oder Afghanistan nutzen nur den Reichen, nicht aber dem Volk. Es gehe nicht um Demokratie, sondern um wirtschaftliche Macht. Es werden Menschen, Gruppen gegeneinander ausgespielt, die Unterschicht gegen die Oberschicht, die Dicken gegen die Dünnen, so wie es den Menschen passt, die an den Hebeln der Macht sitzen. Es wird gelogen und betrogen, offen und verdeckt, die Wirtschaft beherrscht die Politik, Bildung wird nur insoweit zugelassen, als sie die Mächtigen nicht gefährdet und so weiter und so weiter.

Die Bandbreite dessen, was Thomas Wieczorek anspricht, geht so weit, dass man sie hier nicht voll wiedergeben kann. Lesenswert ist sein Buch „Die verblödete Republik“ aber allemal. Dabei werden so manchem Leser, so mancher Leserin, die noch nicht ganz verblödet sind, die Augen aufgehen über das Ränkespiel der „Eliten“ und derer, die sich dafür halten.

Norbert Weinbach

GdP gewinnt in Frankfurt trotz Verlusten die Wahl

Keine Veränderungen bei den Personalratswahlen des PP Frankfurt

Aufgeregt waren die Zuschauer der GdP nicht, als am 25. Mai die Stimmen der Personalratswahl im Polizeipräsidium Frankfurt ausgezählt wurden. Wahlleiter Achim Grieb hatte alles im Griff und seine Leute vom Wahlvorstand entsprechend eingeteilt zum Zählen. Alle Ergebnisse wurden in einen PC eingegeben und entsprechend ausgewertet. Von den 3183 Beamtinnen und Beamten waren 25 Prozent zur Wahl gegangen. Bei den Tarifbeschäftigten waren es 34 Prozent. Insgesamt ergab das die Zahl von 26 Prozent Wahlbeteiligung. Damit lag die Zahl noch unter der schlechten Wahlbeteiligung der Wahlen des Jahres 2008. Damals hatten 34 % gewählt und zwar 27 % Beamtinnen und Beamte und 41 % der Tarifbeschäftigten.

Örtlicher Personalrat

Bei der Gruppe der Beamt/innen gaben 795 Wahlberechtigte ihre Stimme ab. Ungültig waren 19

Stimmzettel. 368 Stimmen (46%) entfielen auf die GdP, 181 (23%) auf die DPolG und 210 (26%) auf den BDK. Damit ziehen für die GdP folgende Kandidat/innen in den Personalrat ein: Sibylle Perrot (PR-Vorsitzende), Wolfgang Link, Giovanni Li Fonti, Bodo Pohl, Thomas Pfeil, Uwe Nachtwey, Dirk Hartwigk.

Bei den Arbeitnehmer/innen (Tarifbeschäftigte) gaben 181 Beschäftigte ihre Stimme ab. 124 (70 %) wählten die GdP-Vertreter/innen, 53 (30 %) die DPolG und der BDK hatte keine Liste eingereicht. Vier Stimmen waren ungültig. Damit ziehen von der GdP in den Personalrat ein: Oliver Hoog und Petra Moosbauer.

Somit stellt die GdP auch im neu gewählten Personalrat wieder neun Personen, sieben Beamt/innen und zwei Tarifbeschäftigte. Die GdP hat damit wieder die Mehrheit im örtlichen Personalrat.

Beim Hauptpersonalrat wählten von 770 Beamtinnen und Beamten 391 (51%) die GdP, 173 (22 %) die DPolG und 206 (27 %) den BDK. 11 Stimmen waren ungültig. Von 174 ArbeitnehmerInnen wählten 105 (60 %) die GdP, 53 (30 %) die DPolG und 16(10 %) den BDK. Fünf Stimmen waren ungültig.

Ziel erreicht

Als das Ergebnis bekannt wurde, zeigten sich alle bei der Wahl anwesenden GdP Mitglieder zufrieden, auch wenn die Wahlbeteiligung weiter gesunken und sich dadurch auch die absolute Stimmenzahl der GdP verringert habe. Enttäuschend war die Wahlbeteiligung. Sibylle Perrot hat nach der schlechten Wahlbeteiligung im Jahre 2008 einen Artikel im Polizeireport geschrieben. Wir haben den Artikel angehängt, er ist mit einer Veränderung von Zahlen und Namen ohne Probleme auf die jetzige Situation anzuwenden. SP

Stell' Dir vor es ist Personalratswahl und keiner geht hin..?

Einige Gedanken zum Ergebnis der Personalratswahl

Jetzt ist fast wahr geworden was oben steht. Die GdP hat zwar die Personalratswahl beim PP Frankfurt gewonnen, jedoch bei einer Wahlbeteiligung von 34% insgesamt, wobei sich die BeamtInnen mit gerade einmal 27% beteiligt haben und es die ArbeitnehmerInnen mit 41% auch nicht mehr herausreißen konnten.

Natürlich stellen wir uns die Frage nach dem Warum.

- 1 **Fühlen sich die Kolleginnen und Kollegen nicht richtig vertreten?**
- 1 **Wissen sie, wofür die Personalvertretung wichtig ist?**
- 1 **Sind sie einfach ignorant und bequem?**

Es gibt wahrscheinlich nicht nur eine Antwort, sondern es ist eine Mischung aus allem.

Wenn man mit Kolleginnen und Kollegen spricht, stellt man immer wieder fest, dass es viele Fragezeichen zu der Arbeit des Personalrats gibt.

Es gibt Viele, die glauben, dass man nur dann wählen darf, wenn man in einer Gewerkschaft ist. Das ist definitiv falsch, der Personalrat wird von allen Beschäftigten gewählt. Es ist richtig, dass sich Gewerkschaften und Berufsvertretungen zur Wahl stellen. Das ist nicht anders wie bei politischen Wahlen, nur sind es dort die Parteien, die man wählt und bei uns eben die Gewerkschaften. Die Aufstellung der Listen erfolgt in der GdP basisdemokratisch, d.h. die Kreisgruppen wählen in ihren Jahreshauptversammlungen KandidatInnen. Jedes Mitglied kann dorthin gehen und mitwählen oder sich wählen lassen. Aber auch die Jahreshauptversammlungen werden ja nicht besucht.

Der Personalrat hat bei vielen Dingen mitzubestimmen, die für die Kolleginnen und Kollegen wichtig sind, z.B. Versetzungen, Beförderungen oder auch Entlassungen, aber auch Umorganisationen oder Änderungen der Arbeitszeit. Wir

werden angehört bei der Ansiedlung von Beförderungsstellen und sind bei Auswahlgesprächen dabei.

Wir bestimmen mit bei der Gestaltung der Arbeitsplätze. Dies ist nur eine kleine Auswahl der Zuständigkeiten eines Personalrats.

Ist das alles egal, interessiert es nicht, wer sich darum kümmert?

Ist es selbstverständlich, dass sich jemand darum kümmert? Was wäre, wenn sich niemand mehr zur Wahl stellt und es keinen Personalrat mehr gibt? Dann kann und muss die Behördenleitung nach Gutdünken entscheiden und die Interessen der Beschäftigten werden nur unzureichend berücksichtigt. Ich glaube nicht, dass sich die Nichtwähler darüber Gedanken gemacht haben.

Für alle Personalratsmitglieder ist es mehr als frustrierend, wenn wir uns für die Beschäftigten einsetzen und sobald dann alle vier Jahre die Wahl ansteht, fast niemand teilnimmt.

Was glaubt ihr Nichtwähler eigentlich, wer und was wir sind? Wir sind genauso PolizeibeamtInnen und Tarifbeschäftigte wie ihr. Die meisten von uns versehen den normalen Dienst und engagieren sich zusätzlich im Personalrat. Gerade einmal fünf Personalratsmitglieder sind freigestellt vom Dienst. Diese werden gemäß ihrem Dienstgrad bezahlt und es ist nicht so, dass freigestellte Personalratsmitglieder bevorzugt befördert werden, eher ist das Gegenteil der Fall. Man braucht also eine Menge Idealismus um diesen Job zu machen.

Ich habe den Eindruck, dass einige Kolleginnen und Kollegen auch glauben, wir wären von der Behördenleitung eingesetzt oder von dieser abhängig und weisungsgebunden. Das alles sind wir nicht. Wir sind unabhängig und vertreten die Interessen der Beschäftigten gegenüber der Behördenleitung. Wir transportieren die Anregungen und Beschwerden der Beschäftigten weiter. Wir haben schon oft in Einzelfällen helfen können.

Leider ist es so, dass viele Beschäftigte nur dann wissen, dass es

einen Personalrat gibt, wenn sie ein Problem haben. Dann halten sie es für selbstverständlich, dass ihnen sofort und mit allen Mitteln geholfen wird. Wie wäre es dann,, einmal alle vier Jahre wählen zu gehen, damit auch jemand da ist, der sich kümmert? Was wäre, wenn wir uns nur noch um WählerInnen kümmern?

Sind die Nichtwähler schon einmal auf die Idee gekommen, dass das Wort eines Personalrats schwerer wiegt, der von 70% oder gar 90% der Beschäftigten gewählt ist?

Im Moment läuft gerade wieder ein großes Sportereignis und die Kolleginnen und Kollegen fragen schon nach der Betreuung durch die GdP bzw. den Personalrat? Die wird es nicht geben, denn warum sollten wir uns in unserer Freizeit um die Beschäftigten kümmern, wenn fast 70% einen Personalrat für überflüssig halten, denn sie waren ja nicht wählen.

Am meisten geärgert habe ich mich über diejenigen, die offensichtlich nicht lesen können. Es gab und gibt tatsächlich KollegInnen, die nach Schließung der Wahllokale kamen und noch wählen wollten. Angeforderte Briefwahlunterlagen wurden nicht zurückgesandt.

Die GdP hat in Frankfurt mehr als 1500 aktive Mitglieder, ich frage mich, warum die nicht wählen gehen?

Zum Abschluss möchte ich noch mit einem Irrtum aufräumen, den es offensichtlich auch noch gibt, nämlich dass die Führung nicht will, dass die Beschäftigten wählen gehen. Das Gegenteil ist der Fall. Der Leiter E, Herr Schäfer hat in einer Dienststellenleiterbesprechung für die Personalratswahl geworben und war selbstverständlich wählen, wie andere Führungskräfte auch.

So, jetzt soll es genug sein. Ich würde mich freuen, wenn ich Einige von euch zum Nachdenken angeregt habe und möchte mich ganz ausdrücklich und herzlich bei allen bedanken, die wählen waren.

Sibylle Perrot



Vielen Dank
für eure
Stimmen

Personalratswahlen 2012
Stärke hat Stimme!

aktuell

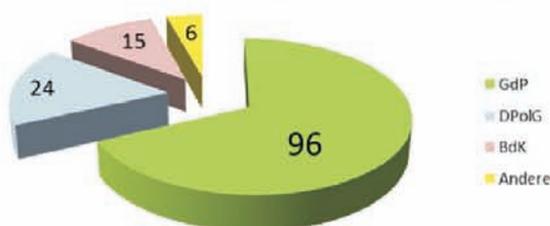
Der Landesvorstand der GdP bedankt sich für das überwältigende Vertrauen der Wählerinnen und Wähler bei den Personalratswahlen 2012.

Ebenso bedanken wir uns bei den Vertretern der Wahlvorstände für die hervorragende Arbeit.

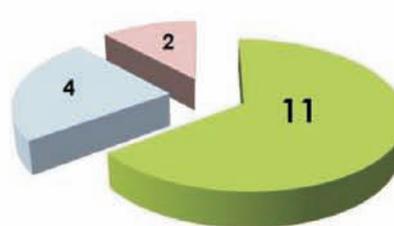
Das kraftvolle Engagement der GdP habt Ihr durch Eure Stimme belohnt:

Sitzverteilung der Personalräte 2012

| Dienststellen | Sitzverteilung GdP : Andere | Sitze der GdP | |
|----------------------|--------------------------------|-----------------------|------------------------------------|
| | | Beamtinnen/ Beamte | Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer |
| Frankfurt | 9 : 8 | 7 | 2 |
| HBPP | 9 : 4 | 8 | 1 |
| Mittelhessen | 9 : 4 | 7 | 2 |
| Nordhessen | 11 : 2 | 8 | 3 |
| Osthessen | 8 : 3 | 5 | 3 |
| PZBH | | | |
| HLKA | 7 : 4 | 4 | 3 |
| HPA | 9 : 4 | 8 | 1 |
| PTLV | 7 : 2 | 4 | 3 |
| Südhessen | 8 : 5 | 6 | 2 |
| Südosthessen | 10 : 3 | 7 | 3 |
| Westhessen | 9 : 6 | 7 | 2 |
| ÖPR gesamt: | 96 : 45 | 71 | 25 |
| Hauptpersonalrat | 11 : 6 | 9 | 2 |
| Hessen gesamt | 107 : 51 | 80 | 27 |



Ergebnis Örtl. Personalräte



Ergebnis Hauptpersonalrat

Stärke hat Stimme!

Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Hessen – Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0, Telefax (0611) 99227-27, email: GdPHessen@t-online.de

Mitarbeitergespräche im Ordnungsamt und Straßenverkehrsamt anlässlich der Personalratswahlen

Die Aktion hat in den Dienststellen Kleyerstraße 86 Ordnungsamt 60326 Ffm (Kerstin Riedl, Carola Freund, Birgit Gruber, Ursula Wiegand), Am Römerhof 19 "Rund ums Auto" 60486 Ffm (Bernd Lauber), Kurt-Schumacher-Straße 45 Straßenverkehrsamt-Verkehrsüberwachung und Präventionsrat Referat 33- 60313 Ffm (Frank Vogler, Benjamin Führer), Zanderstraße 7 Straßenverkehrsamt 60327Ffm und Gutleutstraße 191 Straßenverkehrsamt 60327 Ffm (in den beiden Dienststellen Uwe Heilmann und Bianca Bittner) stattgefunden. Alle Aktionen fanden am 08.05.2012 in der Zeit zwischen 07.30-14.30 statt. Natürlich kamen die Kugelschreiber als Geschenk gut an. Auch die Flyer wurden wohlwollend entgegen genommen. Es herrschte während der Verteilaktionen ein freundliches Klima. Die Amtsleiter hatten es im Vorfeld genehmigt, wofür wie uns nochmals bedanken. Auf Biten der Mitglieder wurden die Genehmigungen eingeholt.



Das Foto mit Andreas Jancy und Harald Weisenborn und Ursula Wiegand ist in der Kleyerstraße 86, 60326 Ffm unten im Eingangsbereich des Ordnungsamtes entstanden.



Ursula Wiegand mit Hans-Jürgen Jertzimbek) im Bereich des Fundbüros des Ordnungsamtes.



Uwe Heilmann (Personalratskandidat der GdP für Gruppe Männer Beamte) und Wolfram Baisch in der Kurt-Schumacher-Straße 45, 60313 Frankfurt am Main, beim Straßenverkehrsamt

Ökumenischer Gottesdienst zum 1. Mai

Eine Frankfurter Tageszeitung brachte es auf den Punkt und führte dazu eine alte Ordensregel der Benediktinermönche an: "Ora et labora" – Bete und arbeite: Der Wert der Arbeit stand in einem ökumenischen Gottesdienst in der Alten Nikolaikirche am Vorabend zum 1. Mai im Vordergrund. "Perspektive Solidarität" lautete das Thema des Abends und die beiden Kirchen, nämlich die evangelische und die katholische, nahmen den Vorsitzenden der DGB Region Rhein-Main beim Wort, der vor Jahren angekündigt hatte, auch mal am Vorabend des 1. Mai eine „Predigt“ halten zu wollen. Es geht nichts vergessen und so war es Harald Fiedler vergönnt, neben Pröpstin Gabriele Scherle und Pfarrer Rainer Petrak vor den zahlreich erschienenen Gewerkschaftern und den Gemeindegliedern zu reden. Die Begrüßung wurde von Beate Schwartz-



Simon, Kirchvorstand der St. Paulsgemeinde, als Hausherrin vorgenommen, ehe Marijana Lüders, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende von Schlecker Frankfurt als Zeitzeugin schilderte, wie es bei den „Schleckerfrauen“ im tiefsten Innern aussieht und wie sie immer noch nicht begreifen können, was ihnen widerfahren ist. Was liegt da näher, als von den Gewerkschaften die Solidarität einzufordern, wie es das Motto „Perspektive Solidarität“ zum 1. Mai 2012 war. Sehr authentisch und voller Emotionen vermittelte



Marijana Lüders die Situation bei den „Schleckerfrauen“, die immer noch nicht wissen, wie es weitergehen wird. Im Anschluss an die Ausführungen der Betriebsrätin von Schlecker gingen die Ausführungen nahtlos in das über, was derzeit in vielen Berufstätigen vorgeht. "Die Entsolidarisierung schreitet voran, deshalb ist es so wichtig, dass Solidarität als Perspektive in unserer Gesellschaft entdeckt wird", fand Pröpstin Gabriele Scherle vor den 80 Gottesdienstbesuchern in der Alten Nikolaikirche die passenden Worte zu Beginn ihrer Predigt. Pfarrer Rainer Petrak, von der katholischen Kirche, verpackte seine Botschaft in christliche Thesen: "Seid einander so gesinnt, wie es Eurer Verbindung zu Christus entspricht." Harald Fiedler, DGB-Regionsvorsitzender hielt eine flammende Predigt, die des Öfteren durch den Beifall der Gemeinde unterbrochen wurde. Er zeigte auf, dass für die Arbeiterbewegung die Solidarität zum Schlüsselbegriff gegen Ausbeutung und Unterdrückung geworden ist. Das ökumenische Sozialwort der beiden großen Kirchen in den vergangenen Jahren ist ein wichtiger Baustein der Solidarität, den auch die Gewerkschaften zu schätzen wüssten, betonte Harald Fiedler. Solidarität muss immer wieder aufs Neue eingeübt und gelebt werden, damit sie irgendwann nicht zur Routine und als abgedroschen angesehen wird. In diesen Zusammenhang beklagte er jedoch, "dass exklusive Solidarität von Berufsgruppen wie Ärzten, Piloten oder Lokführern zu Lasten der Mehrheit der Arbeitnehmer" organisiert werde. "Die Förderung von Individualismus und Neo-

liberalismus stehen gegen den Solidargedanken in unserer Gesellschaft entgegen", sprach Harald Fiedler Warnungen aus. Die Akzeptanz des „Gewerkschaftspredigers“ Harald Fiedler kommt nicht von ungefähr, denn letztendlich ist Frankfurt nicht nur die Stadt der Banken, sondern auch die Stadt der Berufs- und Werkstätigen. Mit mehr als einer halben Million sozialversicherungspflichtig Beschäftigten pendeln Tag für Tag viele Arbeitnehmer aus dem Umland nach Frankfurt ein und verdoppeln die Einwohner- und Beschäftigtenzahlen. Die musikalische Gestaltung durch die 3 Kirchenmusiker, die sich unter dem Namen „Habakuk“ zusammen geschlossen haben und über die Grenzen Frankfurts hinaus bekannt sind, war schließlich auch treffend gewählt. Denn in den Unterbrechungen gestalteten sie den Gottesdienst kurzweilig mit treffenden Liedern, wie „Hier ist die Stadt in der wir wohnen“ und „Die Ängsten die einen“. Die Kollekte des Abends war zu Gunsten des Projektes "Urlaub ohne Koffer" ausgerufen worden. Dieses Projekt ermöglicht Beschäftigten mit geringem Einkommen einige unbeschwerte Urlaubstage, die sie sich ansonsten nicht leisten könnten. Ob sich Harald Fiedler bei seiner Predigt verausgabt hat und nachher beim Empfang im Römer, umso weniger auf andere Probleme einging, vermag nicht beurteilt werden. Es wurde allenthalben von einigen Gewerkschaftern so dargestellt. Allerdings braucht nicht als doppelt und dreifach ausgeführt zu werden – das wird auf Dauer auf langweilig und ist schnell abgedroschen.

Empfang der Stadt Frankfurt

Mahl der Arbeit 2012

Auch in diesem Jahr hatte die Stadt Frankfurt, wie in den letzten Jahren auch, aus alter Tradition die Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitnehmerschaft in den Kaisersaal des Römers eingeladen.

Mit dem anschließenden „Mahl der Arbeit“ in den Römerhallen sagte die Stadt Dank für das engagierte Wirken der Gewerkschafter. Auch der Gedankenaustausch zwischen dem Magistrat und den Vertretern der Arbeitnehmer, ist für die weitere Entwicklung der Strukturen der Stadt von Bedeutung.

Der traditionelle Empfang der Stadt Frankfurt am Main fand in diesem Jahr am 30. April statt, dem Abend vor dem „Tag der Arbeit“.

Die Wirtschaft hat sich nach der Bankenkrise wieder stabilisiert. Sie verkündet Zuversicht und die Gewinne erreichen neue Rekorde.

Bei vielen Menschen aus der Arbeitnehmerschaft in dieser Stadt, ist vom Aufschwung allerdings noch nichts zu spüren.

Ganz im Gegenteil: der Niedriglohnbereich, Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse haben im letzten Jahr in erheblicher Zahl zugenommen.

Die Menschen, die vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt worden sind, leben in einer zunehmenden Armut und sehen für sich keine Zukunftsperspektiven.

Die Zahl der Menschen - vor allem der Kinder - die in Armut leben, nimmt, in einer so reichen Stadt wie Frankfurt, immer noch weiter zu.

Dies wird sehr stark in der Wahlbeteiligung deutlich. Auch bei der Oberbürgermeisterwahl am 25. März sind viele Menschen nicht zur Wahl gegangen. Sie haben resigniert und fühlen sich ausgegrenzt. Für die Gewerkschaften des DGB ist dies nicht hinnehmbar.

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften werden nicht ruhen, bis dieser Zustand beseitigt ist. Mehr Beteiligung und Mitbestimmung der Menschen, auch zwischen den Wahlen, sind von Nöten.



Bürgermeister Olaf Cunitz

Die Begrüßung der Gäste im Kaisersaal erfolgte durch Bürgermeister Olaf Cunitz.

In seiner Ansprache begrüßte er den Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst, auch wenn er für die Stadt einen zweistelligen Millionenbetrag an Mehrkosten bedeutet. Die allgemeine Lohnentwicklung kann an den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht vorbeigehen. Wenn die städtische Verwaltung konkurrenzfähig bleiben will, benötigt sie dafür auch qualifiziertes Personal. Nicht nur ein vernünftiger



Harald Fiedler bei seiner Rede im Kaisersaal

Lohnabschluss ist von Bedeutung, sondern immer wichtiger wird auch, dass der Arbeitsplatz die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beinhaltet. Die Stadt hat eine Willkommenskultur für Eltern nach der Elternzeit sowie ein Management für Widereinsteiger entwickelt. Im letzten Jahr haben 150 Auszubildende erfolgreich ihre Prüfung abgelegt und wurden übernommen.

Bei der Einstellung von behinderten Menschen hat die Stadt Frankfurt die Quote von 5% fast um das Doppelte überschritten.

Aber auch die Industrie in der Stadt bedarf der Weiterentwicklung und Stärkung, um in der Zukunft zu bestehen. Das Wirtschaftsdezernat hat ein industriepolitisches Leitbild entwickelt, an deren Gestaltung sowohl der DGB-Regionsvorsitzende Harald Fiedler, als auch weitere Gewerkschaftsfunktionäre mitgearbeitet haben. Die Unternehmen, aber auch die Beschäftigten, müssen sich in diesem Leitbild wiederfinden, was nicht immer zu aller Zufriedenheit erreicht werden kann.

Der Magistrat und die Verwaltung werden weiter an dem Projekt arbeiten, den Einklang von Industrie, Wohnen und Ökologie zu erreichen.

Mit den Betreibern der Betriebe im Osthafen wurden viele Gesprä-



che geführt und die Standorte gesichert. Im letzten Jahr hat die Stadt 426 Millionen Euro an Investitionskosten für die Bestandspflege und Neuansiedlung von Betrieben ausgegeben. Im Bereich „Neue Techniken“ wurden Betriebe nach Frankfurt geholt, die sehr erfolgreich arbeiten.

Zum Abschluss seiner Rede wünschte er allen Teilnehmern ei-

nen geselligen Abend mit guten Gesprächen.

Der DGB-Regionsvorsitzende, Harald Fiedler, bedankte sich in seiner Rede im Namen der Frankfurter Gewerkschaften und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die heutige Einladung. Die Frankfurter Gewerkschaften wissen diese Tradition zu schätzen. Sie verknüpfen aber selbstverständlich damit, die Anliegen der Arbeitnehmerschaft der Politik nahe zu bringen.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Frankfurt und Wiesbaden

Er gratulierte dem neugewählten Bürgermeister Olaf Cunitz und der Stadträtin Sarah Sorge zu ihren Ämtern. Der am 1. Juli 2012 aus dem Amt scheidenden Oberbürgermeisterin Petra Roth dankte er für 17 Jahre konstruktive, manchmal auch kontroverse Zusammenarbeit. In den vergangenen Jahren wurde einiges zum Wohle der Menschen, insbesondere in Fragen der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, im Sozialen oder in der Abwehr von neonazistischen Bestrebungen durch gemeinsames Handeln erreicht.

Ganz herzlich gratulierte er dem neugewählten, sich im Urlaub befindenden, Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann zu seinem Wahlsieg.

Der DGB verbindet mit dieser freundlichen Gratulation die Erwartung, dass die konstruktive Zusammenarbeit von Frau Oberbürgermeisterin Petra Roth fortgesetzt wird.

Für die von den Gewerkschaften aufgezeigten Probleme wie u.a.

- | fehlender bezahlbarer Wohnraum - Kinderarmut
- | Armut trotz Arbeit
- | Zunahme von prekärer Beschäftigung

müssen vernünftige Lösungen entwickelt werden - auch über Parteilinien hinweg.

Die Verdrängung von Einkommensbezieher mit niedrigem Lohn aus den innerstädtischen Wohngebieten, führt zu einer immer weiteren Spaltung der Stadtgesellschaft. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum muss oberste Priorität haben. Auf Grund der geringen Flächen in Frankfurt, kommt hier auf den Regionalverband Frankfurt

Rhein Main eine wichtige Aufgabe zu. Der DGB bietet sich an, hier konstruktiv mitzuarbeiten und Lösungsvorschläge einzubringen.

Die Erhaltung von Flächen für industrielle gewerbliche Arbeitsplätze ist besonders von Nöten, da Frankfurt nur einen Anteil von 10% Industrie vorweisen kann und damit bundesweit ganz hinten liegt.

Auch für Menschen ohne akademische Ausbildung müssen Arbeitsplätze in der Industrie vorhanden sein, die einen Lohn garantieren, der den Menschen ein Leben in Würde ermöglicht.

Auch hier könnte die Stadt einwirken und bei der öffentlichen Auftragsvergabe kein Unternehmen berücksichtigen, für das die tarifliche Entlohnung ein Fremdwort ist. Die Gewerkschaften erwarten von der Politik auch eine deutliche Position für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.

Frankfurt ist lebenswert

In Frankfurt findet man gute Arbeit. Es lässt sich in Frankfurt gut leben.

Dies wird immer wieder propagiert.

Aber das gilt nur noch für einen Teil der Stadtgesellschaft.

Der andere Teil beinhaltet:

2.000 Obdachlose, 2.000 Jugendliche ohne Ausbildung und Arbeit, 70.000 Menschen mit SGB II Bezug, 25% Kinder, die unter die Armutsgrenze fallen und 34% der Stadtbevölkerung müssen ihren Lebensunterhalt mit Leiharbeit, Befristung, Werksverträgen, Mini- und Midijobs, bestreiten.

Während der Krise waren die Manager und Vorstände der Banken und Konzerne abgetaucht - die allwissenden Chefökonomten waren in Schweigen verfallen.

Heute propagieren sie wieder Verzicht und Sparen.

Unsere griechischen, spanischen und in anderen Ländern Europas lebenden Kolleginnen und Kollegen sollen auf bis zu einem Drittel ihres Einkommens verzichten.

Die Sozialleistungen sind gestrichen oder gekürzt worden, so dass sie weit unter unserem Standard liegen.

Die Troika der EU hat in Griechenland die Tarifautonomie ausgehebelt.

Wir müssen wachsam sein, heute schlagen sie die Griechen, morgen meinen sie uns. Wer so auf seine Nachbarn eindrischt, hat die Axt für das eigene Volk schon hinter der Tür versteckt.

Zu Recht demonstrieren die Menschen in Europa und auch bei uns, gegen den Fiskalpakt.

Europa, die europäischen Völker haben Solidarität verdient.

Senden wir heute und morgen, am Tag der Arbeit, ein Signal der Solidarität mit Tarifabschlüssen, die sich sehen lassen können.

Zum Abschluss seiner Rede lud Harald Fiedler alle Anwesenden ganz herzlich ein, am 1. Mai an der Demonstration des DGB teilzunehmen.

Unter dem Motto: "Gute Arbeit für Europa – Gerechte Löhne - Soziale Sicherheit" wird um 9.30 Uhr am Günthersburgpark gestartet.

Bild und Text Ho.

Mai-Demo in Frankfurt

Schon traditionell sind die Maikundgebungen des DGB alljährlich in Frankfurt. Das bundesweite Motto in diesem Jahr lautete:

"Gute Arbeit für Europa, gerechte Löhne und soziale Sicherheit!"

Das sind die Themen, die derzeit Gewerkschafter in ganz Europa auf die Straße treiben.

In der Metall- und Elektroindustrie stehen die Zeichen unweigerlich auf Streik. Die Arbeitgeberseite

schon für ein prächtige Stimmung gesorgt, ehe der Demonstrationzug den Römerberg erreichte. Viele Wartende tanzten in der Sonne zu den sudamerikanischen Rhythmen.

Das SPD-Urgestein Hans Busch,



Weitaus mehr Teilnehmer zählten DGB und Polizei im Vergleich zu den Jahren zuvor. Nicht zuletzt das Wetter lockte die zahlreichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Straße.

Dabei sah es am Sammelpunkt des Aufzuges, am Günthersburgpark, zunächst nicht danach aus, weil die Gewerkschafter recht zögerlich kamen.

Eine ganz neue Erfahrung mussten auch die Teilnehmer der GdP machen, die den Zug, wie schon in den Jahren zuvor, als Ordner begleiteten. Offenbar aufgrund der zahlreichen Vorfälle in jüngster Vergangenheit, wo Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte das Ziel von Gewalt waren, sahen sich auch hier einige Demonstrationsteilnehmer gemüßigt, sich an diesem Trend zu beteiligen und die Teilnehmer der GdP verbal zu attackieren.

Besonders tat sich dabei der Streikbeauftragte der NGG hervor, der die GdP als Schande für alle Gewerkschafter bezeichnete und heftige Schimpfkanonaden gegenüber den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten losließ, die den Zug begleiteten.

Dabei gibt es gewiss genügend Anlässe, um auf die Straße zu gehen, ohne dass sich die Gewerkschafter untereinander angehen, nämlich: Mindestlohn, gleiche Bezahlung für Leiharbeit, Armut trotz Arbeit.

hat den Beschäftigten drei Prozent mehr für eine Laufzeit von 14 Monaten geboten. Das bezeichnete Hans-Jürgen Urban (Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes) als "eine Frechheit". Er warnte die Arbeitgeber noch einmal eindringlich davor, diese Haltung nicht beizubehalten, denn wären bundesweite Warnstreiks unumgänglich. Er bezog auch Stellung zur Leiharbeit und führte aus, dass die einzige Leiharbeit, die ihm als Gewerkschafter wirklich gefällt, die ist, die verhindert worden ist. Zudem forderte er das Ende der Zwei-Klassen-Gesellschaft in den Betrieben.

seit mehr als 60 Jahren bekennendes Ver.di-Mitglied war in Begleitung seiner Ehefrau zu der Kundgebung am Römer erschienen.

Es sind sowieso größtenteils Politiker von SPD und Linke, die die traditionelle Maikundgebung des DGB unterstützen. Politiker von CDU und FDP wurden nicht gesichtet. Ebenso wenig Politiker der Partei „Die Grünen“, die sich gerade hier in Frankfurt immer weiter von den Arbeitnehmern entfernen.

Gute Arbeit wird in Frankfurt immer seltener, beklagte Harald Fiedler, Vorsitzender der DGB Region Frankfurt/Rhein-Main.



Treffpunkt Günthersburgpark

Als die Kundgebungsteilnehmer den Römerberg erreichten, war dieser schon brechend voll, weil viele zwar den Weg zum Demonstrationzug nicht gefunden hatten jedoch direkt zum Römerberg kamen.

Die Band "Sonoc de las Tunas" aus Cuba hatte bei Salsa-Klängen

Als jüngste Beispiele nannte er den Stellenabbau bei Sanofi Aventis in der Forschung (330 Stellen), bei der Helaba (450 Stellen), bei Siemens (80 Stellen), und bei der Luft hansa (unter fadenscheinlichen Gründen angekündigt) oder Neckermann (1 380 Stellen). Dagegen werde prekäre Beschäftigung aus-

geweitet: Diese stieg von 2000 bis 2009 in Frankfurt von 26,8 Prozent auf 34,4 Prozent. Nur noch 65,6 Prozent seien normale sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeitsplätze.

Gewerkschaftsboss Urban warnte davor zu glauben, dass Vollzeitarbeitsplätze automatisch glücklich machten.

Er untermauerte dies durch einen Hinweis auf "Burn Out, als Volkskrankheit des 21. Jahrhunderts" und fügte hinzu: "Der Hochleistungskapitalismus sollte es mit seinen Zutmungen nicht übertreiben."

Bei der Kritik am Kapitalismus waren sich die Gewerkschaften und die Occupy-Bewegung absolut einig. Erik Buhn, ein Frankfurter Aktivist, hatte die Möglichkeit ein Grußwort an die Versammlungsteilnehmer zu richten. Er wies zudem darauf hin, dass am 30. April 2012 das Occupy-Camp Frankfurt bereits 200 Tage vor der EZB ausgeharrt hatte.

Anders als in Frankfurt, nutzte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) Hessen-Thüringen, Stefan Körzell, die zentrale Kundgebung in Offenbach für scharfe Attacken auf die hessische Landesregierung. "Schwarz-

te Hessens Regierung auf, in zentralen sozialen Fragen endlich aktiv zu

Leiharbeiter. Das sind 61 000 zu viel."



Harald Fiedler

werden, insbesondere beim Mindestlohn und im Kampf gegen den Niedriglohnssektor.

"Es kann nicht sein, dass auf Baustellen des Landes Arbeiter zu Sklavenlöhnen beschäftigt werden", sagte er. Ehrliche, nach geltendem

Dazu muss man wissen, dass im Vorfeld die hessische CDU die hohe Beschäftigungsquote im Land hervorgehoben hatte. Es seien so wenig Menschen arbeitslos wie seit 20 Jahren nicht mehr, hatte der hessische CDU-Generalsekretär Peter Beuth ungeprüft öffentlich mitgeteilt.

Der hessische SPD-Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel mahnte hingegen gerechte Gehälter an. "Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit", sagte er bei der Kundgebung in Offenbach. "Wir wollen, dass für Arbeit wieder gerechte Löhne gezahlt werden, so dass man von ihr anständig leben kann."

Er bekräftigte die Forderung seiner Partei nach einem flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro.



Blick über den vollen Römerberg

Gelb in Hessen ist bei sozialen Fragen zum Zaungast geworden", rief er den etwa 2.000 Gewerkschaftern in Offenbach zu.

"Dieser Landesregierung fehlt die gestalterische Kraft." Körzell forder-

Tarifvertrag zahlende Betriebe wären die Dummen und würden so in ihrer Existenz gefährdet.

Zudem müsse mehr gegen prekäre Arbeitsverhältnisse getan werden. "Hessen hat knapp 61 000



Aktuelle Urteile

für den privaten und dienstlichen Gebrauch



BGH entlastet Bankkunden

Nicht einschüchtern ließ sich ein Verbraucherschutzverein und wollte durch alle Instanzen festgestellt wissen, inwieweit die Banken ihre Kunden die Kosten aufdrücken können. Der Bundesgerichtshof erklärte entsprechende Klauseln in den Kundenverträgen von Banken für unwirksam.

Demnach konnten Banken oder Sparkassen unter anderem Telefon- und Portokosten sowie Kosten für Notare oder die Lagerung von Sicherheiten auf Kunden abwälzen. Diese Klausel beinhaltet nach Auffassung des Gerichts eine unangemessene Benachteiligung der Kunden.

Az: XI ZR 61/11 BGH

Gefälligkeiten unter Freunden

Die bisherige Auffassung, dass der gesetzliche Unfallschutz auch bei Gefälligkeiten unter Freunden ausgeschlossen ist, wurde vom Gericht bestätigt. Das Sozialgericht Karlsruhe stellte fest, dass entscheidend ist, ob es sich bei der Hilfe, um eine versicherte Tätigkeit handelt, die über den normalen Freundschaftsdienst hinausgeht.

Im vor dem Gericht verhandelten Fall war ein gelernter Zimmermann einem befreundeten Lehrer dabei behilflich, auf dessen Grundstück ein Carport zu erstellen. Die Hilfe war aufgrund jahrelang bestehender Freundschaft der Beiden absolut

unentgeltlich. Der Zimmermann zog sich beim Aufbau der Fahrzeugunterstellkonstruktion eine Verletzung zu, bei der die gesetzliche Unfallversicherung die Anerkennung als Arbeitsunfall ablehnte, da der Zimmermann nicht wie üblich für den Bauherrn tätig war.

Das Gericht erkannte die Ablehnung des Unfallschutzes seitens der Versicherung als rechtens, da der Zimmermann zum Unfallzeitpunkt nicht wie ein Beschäftigter gearbeitet hatte. Er hatte nach Feststellung des Sozialgerichtes einen reinen Freundschaftsdienst erbracht. Während der Verhandlung hatte der Zimmermann wiederholt seine Hilfeleistung als Gefälligkeit bezeichnet. Er sah seine Hilfe als Gegenleistung dafür an, dass der Lehrer ihm geholfen habe, seine Lese- und Rechtschreibschwäche zu beseitigen.

Az: S 1 U 2650/11 SG Karlsruhe

Anspruch auf Versetzung

Das Landesarbeitsgericht Köln hat in einem Urteil festgestellt, dass Arbeitnehmer Anspruch auf Versetzung haben, wenn sie durch ein unerwartetes Ereignis plötzlich körperlich eingeschränkt sind.

Das gewinnt auf jeden Fall dann an Bedeutung, wenn Arbeitnehmer ihren alten Job wegen dieser Behinderung nicht mehr ausüben können. In solchen Fällen ist der Arbeitgeber zunächst einmal verpflichtet zu prüfen, ob ein anderer behinder-

tengerechter Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden kann. Sollte der Arbeitgeber dieser verpflichtenden Prüfung nicht nachkommen, so kann der betroffene Arbeitnehmer zunächst einmal Schadensersatz verlangen. Auf diese Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Köln weist der Deutsche Anwaltsverein hin.

In dem zu beurteilenden Fall klagte ein Arbeitnehmer gegen seinen Arbeitgeber, einen Flugzeugabfertiger. Nach einer schwerwiegenden Erkrankung des Mannes wurde bei ihm ein dauernder Schwerbehinderungsgrad von 30% festgestellt, so dass er eine Anstellung im Frachtdienst beantragte, nachdem er bis zu seiner Erkrankung im Gepäckdienst beschäftigt war.

Im Gepäckdienst musste er nicht selten schwere Transportgüter heben und war ständig in Nachtdiensten eingesetzt worden. Beides war dann nach seiner Erkrankung nicht mehr möglich. Er verlangte nun seine Versetzung in den Frachtdienst.

Az: 2 Sa 1276/10 LAG Köln

Kurzes Halten erlaubt

Anwohner müssen eine kurzzeitige Behinderung ihrer Grundstücks-



zufahrt hinnehmen. Das wurde jüngst in der Fachzeitschrift „NJW-Rechtsprechungs-Report-Zivilrecht“, unter Berufung auf das Urteil des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe, veröffentlicht worden.

Demnach dürfen Autofahrer ihre Fahrzeuge zum Be- und Entladen



vor einer Grundstückszufahrt abstellen. Allerdings müssen sie bei erkennbarer Eilbedürftigkeit des Anwohners unterbrechen, um die Zu- und Abfahrt zu gewährleisten. Damit gab das Gericht einem Anwohner Recht, der sich dagegen gewandt hatte, dass Nachbarn immer wieder mit ihren Autos seine Zufahrt blockiert hätten.

Stichhaltiges Argument war, dass seine Nachbarn und deren Besucher die Zufahrt jeweils für längere Zeit blockiert hätten. Die vorsitzenden Richter beim Bundesgerichtshof befanden, dass Anwohner Behinderungen ihrer Zu- und Abfahrten grundsätzlich nicht dulden müssen, zumal gerade unter Nachbarn die Pflicht zur gegenseitigen Rücksichtnahme besteht.

Allerdings müssen kurzzeitige Beeinträchtigungen hingenommen werden. Das ist z. B. der Fall, wenn ein Fahrzeug zwar vor einer Grundstückszufahrt steht, der Fahrer aber jederzeit abfahrbereit ist.

Az: V ZR 154/10 BGH

Voller Freizeitausgleich für Überschreitungen der Höchstarbeitszeit

Dieses Urteil, was Ausfluss aus Entscheidungen der Arbeitsgerichte war, bekommt nun erneut an Bedeutung, weil öffentliche Arbeitgeber gleichwohl Tarifbeschäftigte als

wöchentlich Arbeitszeit einschließlich Mehrarbeitsstunden 48 Stunden nicht überschreiten dürfe. Dabei sei Bereitschaftsdienst wie Vollarbeitszeit zu rechnen. Die davon abweichenden Arbeitszeitschriften für den feuerwehrtechnischen Dienst seien wegen Verstoßes gegen Unionsrecht nicht anwendbar.

Az: 2 C 32 .10 – 37.10
des Bundesverwaltungsgerichtes

Streikrecht für Beamte

Beamte dürfen streiken, sofern sie keine hoheitlichen Aufgaben erfüllen. Das hat die Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts (VG) Kassel in zwei gleichgelagerten Fällen am 27. Juli 2011 entschieden (Aktenzeichen: 28 K 574/10.KS.D und 28 K 1208/10.KS.D).

Die Kläger – beide Lehrer an Kasseler Schulen – hatten sich im November 2009 an einem von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) organisierten Streik beteiligt und waren für drei Stunden dem Dienst ferngeblieben. Die jeweilig zuständigen Schulleiter waren der Auffassung, dass die beiden Lehrer damit gegen ihre Dienstpflichten verstoßen hätten und missbilligten ihrer Streikteilnahme schriftlich. Dagegen setzten sie sich zur Wehr.

Sie vertraten die Auffassung, dass ihnen nach Artikel 11 der Europäischen Konvention für Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) auch als Beamte das Streikrecht zustehe. In den Jahren 2008 und 2009 hatte der Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in zwei Entscheidungen festgestellt, dass das Streikrecht für öffentliche Bedienstete zwar eingeschränkt werden könne, jedoch nur unter engen Voraussetzungen. Es dürfe nur bestimmte Gruppen von Angehörigen des öffentlichen Dienstes betreffen, nicht aber den öffentlichen Dienst insgesamt.

Dem folgten die Kasseler Richter. Sie entschieden, das Streikrecht könne auch Beamten zustehen, soweit sie nicht hoheitlich, also im Bereich der Eingriffsverwaltung, der Polizei und der Landesverteidigung tätig seien.

Mit ihrer Entscheidung gingen die Kasseler Richter noch weiter als das

auch Beamte zu Mehrleistungen verpflichten, diese aber nicht vergüten wollen: Feuerwehrbeamte haben für die über 48 Wochenstunden hinausgehenden Dienstzeiten Anspruch auf Freizeitausgleich in vollem Umfang der zuviel geleisteten Stunden.

Das hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden. Geklagt hatten mehrere Beamte, die bei der Berufsfeuerwehr sind. Sie hatten mehrere Jahre hinweg bis einschließlich 2006 wöchentlich regelmäßig 23 Stunden Volldienst und 31 Stunden Bereitschaftsdienst geleistet. Begehren, vollen Freizeitausgleich für die über 48 Wochenstunden hinausreichende Arbeitszeit zu erhalten, hatte in den Vorinstanzen jedoch nur teilweise Erfolg.

Die Leipziger Richter entschieden nun, dass bei Berechnung des Freizeitausgleiches der geleistete Bereitschaftsdienst in vollem Umfang berücksichtigt werden muss. Sie begründeten ihre Entscheidung damit, dass nach dem Recht der europäischen Union die regelmäßige

VG Düsseldorf im Dezember 2010, das ebenfalls über die Rechtmäßigkeit einer Disziplinarstrafe gegen eine streikende Beamtin zu entscheiden hatte (Aktenzeichen: 31 K 3904/10.O).

Die Düsseldorfer Richter hielten zwar an der bislang herrschenden Auffassung fest, dass die Teilnahme von Beamten an einem Streik ein Dienstvergehen darstelle. Sie kamen aber zu dem Ergebnis, dass die

Mitbestimmung des Personalrates bei der Einstellung von Beamten

Das Mitbestimmungsrecht des Personalrats bei der Einstellung von Beamtinnen und Beamten umfasst auch die erstmalige Feststellung der Erfahrungsstufen.

Der mitbestimmungsrechtliche Begriff der „Einstellung“ ist hier so auszulegen. Dass davon alle mit der

personalvertretungsgesetz (BpersVG) aus. In dem Beschlussverfahren stellten die Richter fest, dass Personalräte bei der Einstellung von Beamten auf Probe und Lebenszeit ein umfangreiches Mitbestimmungsrecht nach Paragraph 76, Absatz 1, Nr. 1 BPersVG haben.

Die bereits für die Mitbestimmung bei der Eingruppierung von Tarifbeschäftigten entwickelten Grundsätze ließen sich auf die erstmalige Festsetzung von Erfahrungsstufen bei neu eingestellten Beamten übertragen, da es keine strukturelevanten Unterschiede zwischen tariflichen und Besoldungsrechtlichen Ausgestaltung des Erfahrungsstufensystems gebe.

Die Mitbestimmungsrechte des Personalrates seien bei der Einstellung weit auszulegen, denn der erst-



Anwendung der Europäischen Menschenrechtskonvention disziplinarische Sanktionen dennoch ausschließe. Das VG Osnabrück bestätigte dagegen am 19. August 2011 das Streikverbot für Beamte in zwei ähnlich gelagerten Fällen (Aktenzeichen: 9 A 1/11 und 9 A 2/11) und orientierte sich damit an der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgericht, das das Streikverbot zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums zählt.

Zu einer Änderung dieser Auslegung sei allein das Bundesverfassungsgericht befugt, so das Verwaltungsgericht. Gegen alle Urteile ist die Berufung zugelassen oder bereits eingelegt.

Einstellung relevanten Entscheidungen erfasst sind. Dies entschied das Verwaltungsgericht Frankfurt am Main und sprach sich damit für stärkere Mitbestimmungsrechte von Personalräten nach dem Bundes-

maligen Festsetzung der Erfahrungsstufe für jedes Beamtenverhältnis komme eine Langzeitwirkung in Betracht.

Diese Langzeitwirkung rechtfertige mehr Beteiligung des Personalrats bei der Einstellung zur Wahrung der Besoldungsgerechtigkeit als zu späteren Zeitpunkten, so das Gericht. Gegen den nicht rechtskräftigen Beschluss wurde Beschwerde vor dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof eingelegt.

Az: 22 K 1823/11.F.PV(V) des VG Frankfurt am Main vom 10. Oktober 2011





Herausragende Geburtstage

Sie stehen trotz ihres erhabenen Alters von 80 Jahren und mehr als Mitglieder in unseren Reihen. Deshalb wünscht ihnen die Gewerkschaft der Polizei - Bezirksgruppe Frankfurt - noch weitere schöne Jahre und gratuliert ganz besonders zum

91. Geburtstag:

Gerda Scholz

90. Geburtstag:

Wilhelm Kirchgässner

87. Geburtstag:

Walter Sippel

85. Geburtstag:

Margarethe Heidorn
Hermann Oellers

84. Geburtstag:

Fritz Greiner

83. Geburtstag:

Ernst Weidel

82. Geburtstag:

Erwin Herborn
Engelbert Münzberg

81. Geburtstag:

Otto Grün

80. Geburtstag:

Hildegard Solz

Der Vorstand der Bezirksgruppe Frankfurt wünscht allen Kolleginnen und Kollegen, die 60 Jahre und älter geworden sind bzw. noch werden, weiterhin Gesundheit, Zufriedenheit und noch viele aktive Jahre.

Im Monat April hatten Geburtstag:

Lothar Bastian
Gerhard Becker
Guenter Bergmann
Eugen Goltzsche
Willi Gosse
Erika Groß
Dieter Hawener
Heinrich Heine
Kurt Heumann
Bernd Hochstuhl
Monika Jobst
Günter Köllner
Uwe König
Wolfgang Kunkel
Herbert Lange
Marita Ludwig
Kurt Lukacek
Arias Francisco Martinez
Klaus Eberhard Peisker
Brigitte Rausch
Wilhelm-Willi Reichert
Heinrich Reitmeier
Ernst Reul
Hans Rohr
Adolf Römer
Peter Roßmar
Günter Rudhard
Karl-Peter Sauer
Peter Schirrwagen
Eduard Schnorrer
Günter Schulte
Jürgen Stohmann
Dieter Wachsmundt
Walter Wehner
Hartwig Weise
Ingeborg Wetzke

Im Monat Mai hatten Geburtstag:

Dosta Bauer
Frank Broschat
Josef Büttner
Hermann Dietrich
Dieter Einert
Ute Göppner
Karola Gottschalk
Karl Graf
Ludwig Häusler
Dieter Herpolsheimer
Manfred Heyn
Otilie Huschenhöfer
Rosemarie Jörg
Ingrid Kossmann

Wilhelm Kraft
Kurt Kraus
Werner Lacalli
Rolf Lieberum
Heinrich-Adam Loy
Herbert Maresch
Helene Marquardt
Hartwig Maucher
Helga Metscher
Helgo Müller
Hannelore Panteleit
Günter Poth
Alfred Radtke
Wolfram Rosewick
Ludwig Schaumburg
Harald Schmidt
Anneliese Schneider
Karl Schreiber
Helmut Schunda
Rolf Schwagmeier
Roswitha Schwing vorher Schilling
Gerhard Stanke
Frank Stankus
Heinrich Hermann Stenzel
Wolfgang Stiehl
Günther Storch
Manfred van Dyk

Im Monat Juni hatten / haben Geburtstag:

Walburga Elisabeth Beck
Jürgen Bender
Rainer Binnemann
Giovanni Burgio
Wilhelm Dauth
Manfred Degner
Werner Frölich
Gerhard Groll
Heinz Haas
Siegfried Heck
Brigitte Hofmann
Hans Joachim Jöst
Josef Lang
Christel Merkel
Harald Meyer
Gregor-Thorsten Möckel
Johannes Odendahl
Robert Otto
Georg Pauli
Rainer Pfaff
Horst Pfeiffer
Manfred Priewe
Hans Repp
Adalbert Salomon
Horst-Werner Schleicher
Marie-Luise Schneider

Ulrike Thummerer
Margot Wagner
Hans Helmut Werkmeister
Heinz Jürgen Weydmann
Günter Zachmann
Antonio Zambito

EHRUNGEN

Wir gratulieren zum ...

60jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Gerhard Börner
Fritz Greiner
Horst Pfeiffer
Reinhold Stamm

50jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Gerhard Klüber
Klaus Krenzer

40jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Wilfried Bröscher
Günter Klempera

25jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Volker Hauck
Rudi Messner
Stephanus Tillner

40jährigen Dienstjubiläum

Peter Kroth
Manfred Pfaff
Volker Wolf
Hans-Werner Schneeweis

25jährigen Dienstjubiläum

Giovanni Li Fonti
Ulf Stamer
Stefan Vogel

Es traten in den Ruhestand:

Rainer Binnemann
Matthias Detig
Ludwig Häusler
Dieter Hawener
Helmut Schunda
Johannes Schübler

Es sind verstorben:

Elfriede Fischer
* 05.06.1918 + 28.02.2012

Kurt Arnold
* 24.10.1926 + 04.03.2012

Kurt Junk
* 07.02.1949 + 30.04.2012

Wir werden den Verstorbenen ein
ehrendes Andenken bewahren.

Herzlich willkommen in der Bezirksgruppe Frankfurt:

Stefanie Abram
Thomas Jefferson Baum
Benjamin Brater
Julia Bretthauer

Juan Manuel Diaz Bernal
Sabrina Engel
Bartosz Ewertowski
Janne Flesch
Andrea Gail
Natalija Galic
Andreas Häfner
Maurice Hildebrand
Klaus Felix Hofmann
Sebastian Jung
Daniel Koers
Annika Kraus
Philipp Legrum
Maurice Möhring
Patrick Papierok
Daniel Rohde
Katia Schmitt
Nils Steube
Björn Sturm
Christian Vornam
Mandy White

Anmerkung der Redaktion:

Wir alle sind Menschen und kei-
neswegs vollkommen. Sollten wir
jemand vergessen haben, bitten
wir um Entschuldigung, und die
oder den Betroffene/n, sich bei
uns zu melden, damit wir unsere
Unterlagen korrigieren können.

MD

Michael Schütz vom 15. Polizeirevier ist 40 Jahre GdP-Mitglied

Hajo Döring von der Kreisgruppe Nord brauchte keinen Anfahrtsweg zurückzulegen, um seinen Revierkollegen Michael, mit dem er seit 37 Jahren auf der Dienststelle zusammen arbeitet, zu beglückwünschen.

Neben Urkunde und der Ehrennadel der GdP, händigte er ihm ein Geschenk der Kreisgruppe Nord aus und bedankte sich für 40 Jahre Mitgliedschaft in der GdP.

Lieber Michael, nochmals Danke für die langjährige Treue zu deiner Gewerkschaft und für die Zukunft alles erdenklich Gute.

Hajo Döring



Kreisgruppe Süd

40 Jahre Mitglied in der Gewerkschaft der Polizei

Die Kreisgruppe Süd konnte sich im Monat Januar 2012 gleich bei zwei ihrer Mitglieder für vierzigjährige Treue bedanken.

Zunächst zu erwähnen ist die gute Seele des Geschäftszimmers beim 17. Polizeirevier, Ulrike Thummerer. Sie ist seit Menschengedenken Vertrauensfrau der GdP beim 17. Polizeirevier.

Der Leiter Einsatz und Organisation Peter Benzin, sehr engagierter Opa und GdP-Fan ist ebenfalls ein Urgestein der GdP Familie. Auch wenn er keine Funktion hat, mischt er sich engagiert in die Diskussionen innerhalb der GdP ein.

Beide waren hoch erfreut, dass auch der Bezirksgruppenvorsitzende Wolfgang Link sich die Zeit genommen hatte und bei der Aushändigung der Urkunden anwesend war.

Eine weitere Ehrung für einen besonderen Kollegen nahm Elke Os-



wald in den Räumen des Personalrats vor. Wir dankten herzlich dem Kollegen Roland Kress, der im Moment als Leiter Einsatz und Organisation bei der Polizei- Autobahnstation arbeitet, für 40 jährige Mitgliedschaft und auch Funktion in

der GdP. Leider sind die Fotos durch ein Versehen gelöscht worden.

Wir wünschen auf diesem Wege allen Jubilaren alles Gute und noch viel Berufsfreude und Engagement in der GdP.

Frauengruppe gedachte des Internationalen Frauentag



Internationaler Frauentag 08. März 2012

In diesem Jahr feiern wir zum 101. Mal den Internationalen Frauentag. An diesem Tag und an 364 anderen Tagen des Jahres fordern wir Frauen gleiche Chancen, gleiche Rechte und tatsächliche Gleichstellung.

Die Polizei ist in den vergangenen 30 Jahren weiblicher geworden.

Es gibt jedoch nach wie vor Benachteiligungen und Diskriminierung, sie sind nur subtiler geworden. Daher ist es wichtig, dass kompetente Frauen in den Personalräten vertreten sind.

Wählen gehen, heißt mitbestimmen! Macht von Eurem Wahlrecht Gebrauch und wählt die Kolleginnen der GdP.

Personalratswahlen 2012



Auch in diesem Jahr beschenkte die Frauengruppe Frankfurt der GdP wieder die weiblichen Mitglieder zum Internationalen Frau-

entag. Alle Frauen erhielten per Dienstpost oder persönlich überreicht, einen Umschlag, in dem ein Flugblatt an den Frauentag erinnerte und ein Stück Schokolade den Tag versüßen sollte. Das Flugblatt stellen wir hier nochmals vor.

SOCIÉTÄTS VERLAG
FRANKFURTER SOCIÉTÄTS-MEDIEN GMBH

Frank B. Metzner & Jörg Lang
Polizei Frankfurt am Main
216 Seiten
ISBN 978-3-942921-10-7
19,90 Euro

ÜBERALL IM BUCHHANDEL

Ehrung für Rentner und Pensionäre

Festveranstaltung am Sonntag, 11. März 2012 im Opernhaus



Das Personal- und Organisationsamt der Stadt Frankfurt hatte, wie in jedem Jahr, die während des abgelaufenen Jahres in den Ruhestand getreten Beschäftigten sowie Beamtinnen und Beamten zu einem Festakt ins Opernhaus der Städtischen Bühnen eingeladen.

Die Stadt ehrt an diesem Tag auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihre 25-, 40- und 50-jährige Dienstjubiläen feiern konnten. Einer guten alten Tradition folgend, wurden auch alle „Neurentner“ und „Neupensionäre“ des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main eingeladen. Der Einladung folgten fast ausnahmslos alle unsere ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



Wie die Stadt in ihrer Einladung immer wieder hervorhebt, möchte sie mit den ausgesprochenen Einladungen an ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeipräsidiums Frankfurt, die Verbundenheit mit diesen bekunden. Schon um 09:30 Uhr hatte sich das Foyer so gut gefüllt, dass nicht alle der Gäste und Ehrengäste gleich gesehen, erkannt und begrüßt werden konnten. Wie der Zufall so spielt, waren an diesem Tag in Frankfurt die Oberbürgermeister-

wahlen und Frau Oberbürgermeisterin Petra Roth hatte während ihrer langjährigen Tätigkeit zum allerletzten Mal zu diesem Festakt eingeladen, so dass man auch ohne viele Umschweife von einem historischen



Akt sprechen kann. Nach und nach trudelten die Gäste ein, so dass der Festakt pünktlich 10:30 Uhr beginnen konnte. Zum Empfang wurden ein kleiner Imbiss gereicht.



Es war ja Sonntag und die Mehrzahl der Gäste hatte frei, so dass auch Sekt gereicht wurde.

Die musikalische Begleitung, die dem Festakt das gewisse Etwas ver-

lieh, wurde vom Frankfurter Opern- und Museumsorchester, unter Leitung von Hartmut Keil, übernommen. Bevor die Eröffnungsansprache von Stadträtin Dr. Manuela Rottmann gehalten wurde, spielte das Opern- und Museumsorchester die Jupitersinfonie von Wolfgang Amadeus Mozart. Bernd Fülle, Geschäftsführender Intendant der Städtischen Bühnen GmbH, richtete als Hausherr Grußworte an die Gäste. Nach dem „Andante cantabile“ des Opern- und Museumsorchesters überbrachte Frau Dr. Bernadette Weyland als Stadtverordnetenvorsteherin die Grüße der Stadtverordneten.

Christian Barthelmes, Vorsitzender des Gesamtpersonalrates der Stadt Frankfurt, bedankte sich dann im Namen der Stadt bei allen Jubi-

laren sowie Rentnern und Pensionären von Stadt und Land für das über Jahr gezeigte Engagement für diese Stadt.

Am Ende der Veranstaltung waren sich alle Teilnehmer des Polizeipräsidiums einig, dass diese Verabschiedungsfeier jedem in Erinnerung bleiben wird.

Dabei erinnerte ich mich gern an die Worte eines unserer Pensionäre anlässlich eines gleichen Festaktes: „Wenn das immer so ist, lasse ich mich nächstes Jahr noch einmal pensionieren.“

Bild und Text: Wolfgang Link

Green Lions Frankfurt erkämpfen Vizemeisterschaft

Vom 09. bis zum 11. März 2012 fand in Garmisch-Partenkirchen die 21. Auflage des Deutschen Polizei-Cups im Eishockey statt, dessen Sieger den Titel des inoffiziellen Deutschen Polizeimeisters im Eishockey tragen darf.

Inoffiziell jedoch nur deshalb, weil nicht genügend Bundesländer Eishockeymannschaften stellen könnten, so dass das Turnier nicht als Wettkampf der Bundesländer ausgespielt werden kann.

Vielmehr stehen sich im Deutschen Polizei-Cup im Eishockey alljährlich die 24 besten Polizei-Eishockeymannschaften gegenüber, die in der A-Gruppe den Meister und den Absteiger in die B-Gruppe und in der B-Gruppe den Aufsteiger in die A-Gruppe beziehungsweise den Ausstieg aus dem Turnier zugunsten einer wartenden Mannschaft ausspielen.

Die Green Lions, die nach den Titelgewinnen 1993, 2003 und 2010 grundsätzlich mit ambitionierten Erwartungen antreten, schraubten vor Turnierbeginn ihre Erwartungen deutlich nach unten, fielen doch mit Ex-DEL-Spieler Thorsten van Leyen (BKA) und Johannes Brähler (PP Südhessen) gleich zwei wichtige Spieler aus. Zudem fiel Matthias Mänz (PP Nordhessen) am ersten Spieltag noch mit Grippe aus und stellte sich danach entsprechend geschwächt in den Dienst der Mannschaft.

Trotzdem oder gerade deswegen rückte die Mannschaft noch enger zusammen und war sich einig, dass das Erreichen des Halbfinals zumindest in diesem Jahr nur dann gelingen würde, wenn alles optimal läuft.

Und genau das Gegenteil von optimal gestaltete sich das erste Spiel am Freitagmorgen: gegen die Police Penguins aus Krefeld, gegen die im letzten Jahr bereits das Halbfinale verloren wurde, gerieten die Green Lions früh durch ein Tor des aktiven Oberligaspielers André Wagner in Rückstand und scheiterten in der Folgezeit immer wieder an der gut gestaffelten Defensive der Krefelder, die das Spiel letztlich mit 1:0 für sich entscheiden konnten.



TOOR: Robert Lange trifft gegen den Torhüter aus Zittau

Damit wuchs natürlich der Druck, darf man sich doch in den beiden 6er-Staffeln der A-Gruppe höchstens eine Niederlage leisten, da nur die jeweils beiden Bestplatzierten das Halbfinale erreichen.

Für die Green Lions war also früh klar, dass fortan nur noch „Endspiele“ folgen würden.



Coach Stefan Vogel

Am selben Tag kreuzten die Frankfurter dann die Klingen mit den Zittauer Kollegen; den Erfahrungen der Vergangenheit nach und durch ihre mannschaftliche Geschlossenheit ein eher unangenehmer Gegner. Das zeigte sich auch im Spielverlauf. Den Führungstreffer der Zittauer konnte Robert Lang (PP Frankfurt am Main) nicht nur egalisieren, ihm gelang gar kurz darauf der Führungstreffer. Trotzdem kam Zittau noch einmal zum Ausgleich, ehe Robert Lang mit seinem dritten Treffer und Christian Wehner (Bundespolizei) den 4:2-Endstand herstellten.

Das letzte Spiel des Freitags galt es nun gegen die „Berlin Chiefs“

siegreich zu gestalten. Dem 1:0-Führungstreffer durch Sebastian Schäfer (PP Frankfurt am Main) ließ Jan-Hendrik Ganß (PP Frankfurt am Main) bald die vermeintlich beruhigende 2:0-Führung folgen. Allerdings verließen sich die Green Lions dann immer mehr auf ihren immer wieder stark agierenden Torhüter Marcel Große (HBPP), eigentlich auch öfter als für die Nerven von Coach Stefan Vogel (PP Frankfurt am Main) förderlich ist - aber letztlich gelang es, den 2:0-Vorsprung über die Zeit zu retten.

Am nächsten Tag kam es dann zum Duell mit dem Alt-Meister aus Schongau, der neben erfahrenen ehemals professionellen Eishockeyspielern auch gute und vor allem schnelle und junge Spieler aufbieten konnte, die den Green Lions das Leben schwer machten.

Nachdem Robert Lang den Führungstreffer zum 1:0 erzielte, erkämpften sich die immer wieder anrennenden Schongauer gegen den nimmermüden Torhüter der Green Lions, Marcel Große - der seine Mannschaft im wieder im Spiel hielt - kurz vor Ende doch noch den Ausgleichstreffer.

Es musste also das Penaltyschießen zur Entscheidungsfindung herhalten.

Christian Wehner konnte gleich den ersten Penalty verwandeln.

Da Marcel Große gegen keinen der drei Schongauer Schützen ein Tor zuließ, gingen die Green Lions auch aus diesem Spiel als Sieger hervor.

Somit rückte das Halbfinale wieder in greifbare Nähe, es mussten „nur noch“ die Ingolstädter Kollegen im zweiten und letzten Spiel des Tages bezwungen werden.

Trotz der Bedeutung des Matches spielten die Green Lions plötzlich wie befreit auf und zeigten über weite Strecken ihr bestes Eishockey.

Es folgte ein Angriff nach dem nächsten und am Ende kamen die Ingolstädter nach jeweils zwei Toren von Robert Lang, Christian Wehner und Jan-Hendrik Ganß sowie einem Tor durch Matthias Mänz mit 7:1 unter die Räder.

Das Erreichen des Halbfinals als Staffelfweiter - nach dem Staffellersen aus Krefeld - war damit perfekt und die Freude bei den Green Lions entsprechend groß.

Gleichwohl hatte man auch das Geschehen in der anderen Staffel verfolgt, wo sich die München Peacemakers (gespickt mit teilweise erstmals am Polizei-Cup teilnehmenden Ober- und Bayernligaspielern), vor den ebenfalls gut aufgestellten „Ice-Cops“ aus Weiden, den Staffelsieg gesichert hatten.

Ohnehin hatte der Polizei-Cup auch in diesem Jahr, vor allem bei den bayerischen Mannschaften wieder eine enorme Aufwertung erfahren. Einige professionelle Eisho-



Ein Kollege aus Zittau fälscht die Scheibe ab und trifft gegen Alexander Kohaut

ckespieler haben nach ihren Sportkarrieren den Weg zur Polizei und folgerichtig auch in das Polizei-Eishockey gefunden. Exemplarisch seien hier der 250-fache DEL-Spieler, Rainer Suchan aus Bad Tölz, oder gar der ehemalige Nationalspieler Stefan Mayer aus München genannt.

Entsprechend motiviert gingen die Green Lions also am Sonntagmorgen im Halbfinale gegen die München Peacemakers ins Spiel, deren erste Sturmreihe vor allem wegen ihrer Geschwindigkeit der Defensive den Green Lions ein Höchstmaß an Leistung abverlangte.

Zwar gelang den Münchnern der Führungstreffer, aber als Eugen Hempel (PP Mainz) wenig später

eine kleine Lücke zwischen Münchener Torwart und Torpfosten entdeckte, zog er kurzerhand ab, und der Puck fand seinen Weg zum 1:1 in das Münchener Gehäuse. Kurze Zeit später gelang Robert Lang mit einem fulminanten Schlagschuss gar die überraschende 2:1 Führung.

Die Defensive der Green Lions, allen voran Goalie Marcel Große, machte weiterhin alle Angriffsbemühungen der Bayern zunichte und mit der Schluss sirene war der umjubelte Finaleinzug perfekt.

Allerdings war der Finaleinzug am Ende teuer erkaufte - zog sich doch Christian Wehner, Sekunden vor Spielende, nach einer harten Entscheidung des Schiedsrichters für einen Bandencheck - eine Zehn-Minuten-Strafe zu, die gleichbedeutend mit einer Sperre im Finale war.

Hier kam es zum erneuten Aufeinandertreffen mit den Police Penguins aus Krefeld, für das sich die Frankfurter natürlich mehr vorgenommen hatten, als im ersten Gruppenspiel; schien es doch, dass die defensivstarken Krefelder über eine effektive Spielzeit von 2 mal 20 Minuten im Finale eher schlagbar seien als über die durchlaufende Spielzeit von 25 Minuten in der Vorrunde.

Aber auch hier boten die Krefelder, angeführt von ihrem Verteidiger André Wagner, erneut eine taktische Meisterleistung. Während sich die Mannen vom Niederrhein kompakt



Marcel Große hält gegen einen Berliner Kollegen

vor dem eigenen Tor präsentierten und sich auf Konter konzentrierten, fanden die Frankfurter, deren Offensivbemühungen ohne den gesperrten Christian Wehner nicht die bekannte Durchschlagskraft zu entwickeln vermochten, kein geeignetes Mittel, diese Defensive zu kna-

lern bewusst, dass die Mannschaft bei diesem Turnier Außergewöhnliches geleistet hatte. Der zweite Platz war am Ende, vor allem vor dem Hintergrund der vielen Ausfälle, ein riesiger und so nicht erwarteter Erfolg, der gezeigt hat, dass das Leitmotiv der Green Lions „Einer für

in Düsseldorf stattfinden wird, entsprechend vorzubereiten.

Vielen Dank an dieser Stelle an die vielen Unterstützer und Betreuer, die auch dieses Jahr wieder einen weiten Weg und viel Mühe auf sich genommen haben, um das Team



Mannschaftsfoto der Green Lions Frankfurt 2012

Stehend v.l.n.r.: Alexander Roth (Medizinischer Betreuer), Jörg Langer, Jan Ganß, Christian Steinke, Tim Kunzler, Robert Lang, Sebastian Schäfer, Christian Wehner, Ralf Voß, Stefan Vogel (Coach), Thorsten Haas (Betreuer). **Kniend v.l.n.r.:** Matthias Mänz, Andreas Chuc, Marcel Große, Christoph Schmidt, Alexander Kohaut, Tim Nissen, Eugen Hempel, Stefan Eisenträger. **Es fehlt Horst Gandor, der das Foto machen musste!**

cken. So gingen die Krefelder nach zwei Kontern mit 2:0 in Führung, aber Jan-Hendrik Ganß stand kurz vor der Halbzeitpause goldrichtig, konnte auf 2:1 verkürzen und gab seinem Team neue Hoffnung.

Diese Hoffnung sollte allerdings nicht lange halten, mit zunehmender Spieldauer mussten die Frankfurter ihr Spiel immer weiter öffnen, um den Ausgleich zu erzwingen, was die Krefelder durch drei weitere Tore nach Gegenstößen zu einer 5:1-Führung nutzten. Damit war das zweite Tor von Jan-Hendrik Ganß zum 5:2-Endstand kurz vor Ende lediglich Kosmetik, und die Kollegen aus Krefeld konnten ihren zweiten Meistertitel bejubeln.

Natürlich überwog zunächst die Enttäuschung bei den Green Lions, erst nach und nach wurde den Spie-



Robert Lang nimmt die Urkunde für den zweiten Platz entgegen, in der Mitte Bürgermeister Garmisch-Partenkirchen Thomas Schmid, rechts Turnierleiter Ralf Obst

alle, alle für einen“ weiterhin Bestand hat.

Mit dieser Erfahrung gilt es nun, sich auf die Meisterschaft 2013, die

der Green Lions bestmöglich durch das Turnier zu führen.

Tim Kunzler

Abenteuerurlaub auf Kreta – Gedankenspiele

Wie fange ich an. Okay, hab gerade Nachtdienst (12 Stunden) beim 9. Polizeirevier.

Morgen gleich wieder Rufbereitschaft, hoffentlich werde ich nicht angerufen.

Jetzt mache ich mir Gedanken über Griechenland - ich bin urlaubsreif. Ich denke an den letzten Urlaub vor zwei Jahren auf Kreta. Traumstrände, türkisfarbenes Wasser, einsame Buchten, malerische Orte, griechische Tavernen, Sonne satt.

Aber was passiert in Griechenland? Griechenland ist fast pleite, ständig Demos in Athen, Randalen, Streiks am laufenden Band, hässliche Bilder in den griechischen Zeitungen über unsere Kanzlerin usw., Geschäfte schließen, einige Griechen verlassen das Land.

Aber noch mal zu den Demos. Die Griechen haben doch Recht, wenn sie auf die Straße gehen.

Die kleinen Leute werden wieder geschröpft. Das Motto der GdP „Stärke braucht Stimme „ trifft hier bestens zu.

Nur, ich möchte nicht in der Haut der griechischen Kollegen stecken. Die müssen den Kopf für die unfähigen Politiker bei den Demos hinhalten. Das kennen wir ja auch.

Weiter zu den Urlaubsvorfreuden bzw. Urlaubsvorbereitungen.

Das auswärtige Amt warnt die Reisenden, dass sie Menschenansammlungen weiträumig meiden sollten. Wie soll das am Urlaubsort gehen?

Die Fußgängerzone meiden, vorher nach rechts oder links durch die engen dunklen Gassen gehen und dann wieder auf die Fußgängerzone vor der Menschenansammlung einscheren. Ich glaube, dass kann funktionieren.

Weiter mit meinen Gedanken.

Was? Jetzt verlangen die Griechen auch noch Reparationszahlungen von den Deutschen. 70 Milliarden! Aus dem zweiten Weltkrieg wären noch Rechnungen offen („Welt online“). Wo soll dies noch enden? Stimmt das? Wird jetzt gegen gerechnet?



Da werden sich andere mit befassen. Da will ich jetzt nicht einsteigen, sonst ende ich woanders.

Nun zu den schönen Dingen im Leben. Ich habe letzten Monat ein Reisebüro besucht und eine Urlaubsreise nach Kreta gebucht. Meine Frau und ich freuen uns schon darauf.

Im Reisebüro wurde uns gesagt, dass es derzeit auf den griechischen Inseln keine Probleme gibt. Im Internet „Holidaycheck“ angeklickt, nur gute Informationen über das Hotel und das Drumherum. Auf diese Informationen kann man aufbauen!!

Die Kollegen von mir waren überrascht, dass ich trotz der Misere in Griechenland eine Urlaubsreise nach dort gebucht hatte.

Mir wurde schon gesagt, dass ich kein Geld mitnehmen müsste.

Das Geld wurde ja schon nach dort transferiert, also billiger Urlaub. Es stimmt, es gab viele Rettungsschirme, einer war größer als der andere. Es gab ständig Sitzungen. Es ging nur um das liebe Geld.

Und das fließt jetzt in Richtung Griechenland.

Meine Gedanken gehen weiter: Klappt es mit der Fliegerei im Juli, können wir einchecken oder müssen wir selbst die Koffer aus den Flieger auf dem Flughafen in Kreta abholen.

Wie ist es am Urlaubsort?

Vor zwei Jahren gab es tagelang kein Benzin an den Tankstellen. Zum Glück hatten wir nicht im Voraus einen Mietwagen reserviert. Das wäre ganz schön blöd.

Wie ist es im Hotel? Wird der Strom manchmal abgeschaltet? Werden wir unfreundlich aufgenommen? Vielleicht ist die Gebühr für die Klimaanlage im Zimmer doppelt so teuer! Also dann doch schwitzen. Am Strand wird vielleicht die doppelte Gebühr für die Liegen und die Schirme verlangt. Oder ist es besser, wenn wir einen Regenschirm und eine Gummimatte für den Strandbesuch kaufen.

Wie sind sonst die Preise? Der Ouzo kostet statt 4 Euro vielleicht 8 Euro? Dann doch lieber Bier bis zum Abwinken trinken. Das kühlt so schön.

Wie ist es in den Geschäften, alles sauteuer wie in Frankfurt auf der Goethestraße?

Nun zu dem aktuellen Thema Kraftstoff. Wir schauen jetzt, gerade zu Ostern, ständig auf die Anzeigentafeln der Tankstellen. Die Preise für den Sprit steigen ständig, vielleicht demnächst auf 2 Euro pro Liter. Und wie sieht es in Griechenland aus?

Gibt es im Juli Benzin an den Tankstellen? Oder doch 2 Euro für einen Liter Super bezahlen.

Wir wollen ja Land und Leute kennen lernen. Und da ist ein Mietwagen ein gutes Fortbewegungsmittel. Mit dem Mietfahrrad kommt man nicht überall hin. Auf Kreta gibt es auch ein paar gute Steigungen. Und ich flieg ja nicht nach Griechenland, um abzunehmen. Jeden Tag im Meer schwimmen ist schon angesagt, aber intensives Radfahren in den Bergen??

Was mir letztes Mal auffiel, waren die vielen Schilder mit Radarwar-

nungen am Straßenrand. Vielleicht stehen jetzt noch mehr Schilder dieser Sorte am Straßenrand.

Und jetzt werden nur die Touristen, und speziell die deutschen Autofahrer, zur Kasse gebeten.

Es muss ja nichts passiert sein, einfach mal abkassieren.

Es wird schon gut gehen.

Bisher hatten wir immer nette und sehr gastfreundschaftliche Grie-

chen kennen gelernt. Und außerdem ist Kreta weit weg von Griechenland. Dazwischen gibt es noch sehr, sehr viel Wasser.

War ich jetzt mit meinen Gedanken abgeschweift? Aber als Schutzmann muss man sich ja auch erholen. Und das ist in Griechenland möglich. Eine gute Vorbereitung ist nötig.

Also dann: Kalimera.

Noch Plätze frei

15-tägige Gruppenreise der GdP nach San Francisco, Hawaii und Los Angeles 05. 11. – 20. 11. 2012



Reiseverlauf:

Flug nach San Francisco, Stadtrundfahrt und Tag zur freien Verfügung, Flug nach Honolulu, ganztägige Inselrundfahrt, 8-tägige Kreuzfahrt zu den Hawaii-Inseln Maui, Hawaii-Big Island und Kauai, Flug nach Los Angeles, Stadtrundfahrt, Rückflug nach Frankfurt über Houston

Reisepreis:

Gruppengröße
30 Personen

Reisepreis pro Person:

2.999,- / Unterbringung in der 2-Bett Innenkabine

Einzelzimmer-Zuschlag
790,- / Unterbringung in der 1-Bett Innenkabine

Aufpreis 2-Bett Außenkabine:
320,- pro Person

Aufpreis 2-Bett Balkonkabine:
450,- pro Person

Leistungen:

Linienflüge mit United Airlines / Continental Airlines ab/bis Frankfurt in Economy Class inklusive aller Steuern und Gebüh-

ren, Frankfurt – San Francisco – Honolulu – Los Angeles – Houston – Frankfurt

alle Transfers im Zielgebiet gemäß Reiseablauf im klimatisierten Bus

3 Übernachtungen in San Francisco inklusive Frühstück / Unterbringung im Doppelzimmer mit Bad oder Dusche/WC

2 Übernachtungen in Honolulu / Unterbringung im Doppelzimmer mit Bad oder Dusche/WC

7 Übernachtungen an Bord der Pride of America in der gebuchten Kabinenkategorie

2 Übernachtungen in Los Angeles / Unterbringung im Doppelzimmer mit Bad oder Dusche/WC

Teilnahme an NCL-Bordveranstaltungen und Nutzung der Bordeinrichtungen (zum Teil gegen Gebühr)

alle Mahlzeiten (Vollpension) an Bord der Pride of America, in einigen Spezialitätenrestaurants gegen Aufpreis

Wasser, Kaffee, Tee und Eistee an Bord der Pride of America

alle Hafен- und Sicherheitsgebühren

halbtägige Stadtrundfahrt in San Francisco mit örtlicher deutschsprechender Reiseleitung

ganztägige Inselrundfahrt auf Oahu mit englischsprachigem Driver-Guide (Übersetzung durch unsere Reiseleitung)



halbtägige Stadtrundfahrt in Los Angeles mit örtlicher deutschsprechender Reiseleitung

Reiseleitung durch die GdP

örtliche Steuern/Abgaben

nicht eingeschlossene Leistungen:

nicht im Programm aufgeführte Mahlzeiten und Getränke

Landausflüge

NCL Servicepauschale in Höhe von US\$ 12 pro Person und Tag (wird dem Bordkonto belastet)

ESTA-Antrag für die USA

Trinkgelder für Reiseleitung und Busfahrer

Gebühren für Gepäckträger am Flughafen

Ausgaben des persönlichen Bedarfes

Reiseversicherungen

Eine individuelle Verlängerung ist möglich

Wer Interesse an der Reise hat und den ausführlichen Reiseverlauf möchte, wendet sich an:

Sibylle Perrot, Sigmund-Freud-Str. 42, 60435 Frankfurt, Tel.: 0152/561 28 951 oder 069/755-81600 dienstl. oder per E-Mail: sibylle.perrot@otelo-online.de oder sibylle.perrot@polizei.hessen.de



auf dem Gelände der Wasserschutzpolizei

Wann: Freitag, 17.08.2012

Beginn: 14:00 Uhr

Wo: Grillplatz, Lindleystraße 14

**Einladung an die Mitglieder der Frankfurter
Kreisgruppen und Ihre Familien
natürlich auch für unsere Mitglieder bei der
Wasserschutzpolizei**



Ich/Wir nehmen mitPersonen teil

Name:

Vorname:

Kreisgruppe:

Damit wir nicht ins Blaue planen, trennt bitte den unteren Abschnitt als verbindliche Zusage ab und sendet ihn bis zum 10.08.2012 an Eure Vertrauensleute, Eure Kreisgruppenvorsitzenden oder den Bezirksgruppenvorstand.

Gerechtigkeit braucht Solidarität

Was bedeutet Gerechtigkeit?

Der Begriff Gerechtigkeit bezeichnet einen idealen Zustand des sozialen Miteinanders, in dem es einen angemessenen, unparteilichen und einforderbaren Ausgleich der Interessen u. der Verteilung von Gütern u. Chancen zwischen den beteiligten Personen oder Gruppen gibt. (Quelle: Wikipedia)

Wir wissen jetzt, was Gerechtigkeit bedeutet? Oder gibt es doch noch Unklarheit?

Vielleicht eine andere Darstellung!

Die häufigste Darstellung der „Gerechtigkeit,“ im westlichen Kulturkreis ist die urteilende Justitia, mit Waage (abwägend), Schwert (strafend/urteilend) und einer Binde vor den Augen (ohne Ansehen der Person).

Diese Justitia (den Justitia-Brunnen) kann man sich in Frankfurt auf dem Römer ansehen. Bei der letzten WM in Deutschland kam dieser Brunnen auch mal in den Blickpunkt.

Irgendwelche betrunkenen Engländer hatten ein Bad im Brunnen genommen. Das Schwert wurde damals auch geklaut. Ich glaube, dass dies nicht gerecht war.

Ob das Schwert wieder aufgefunden wurde, ist mir nicht bekannt.

Die Justiz, also die Judikative, entscheidet darüber, was Recht und Unrecht ist. Danach wird ein Urteil gefällt. Es muss dort gerecht zugehen, egal ob der einfache Bürger oder eine berühmte Persönlichkeit vor dem Kadi steht.

Doch in der Praxis sieht es manchmal anders aus. Geld spielt eine Rolle. Die berühmte Persönlichkeit kann sich z. B. einen Staranwalt

als Rechtsanwalt nehmen. Dieser Anwalt ist geschickt und kann die berühmte Persönlichkeit „rausboxen“. Es muss nicht so sein, es kann so sein. Wo bleibt da die Gerechtigkeit?

Und nun zur Solidarität.

Was versteht man unter Solidarität?

Es ist das Grundprinzip des



Die Justitia wacht in Frankfurt über den Römer

menschlichen Zusammenlebens, ein Gefühl von Individuen und Gruppen zusammen zu gehören, gegenseitige Hilfe und dem Eintreten für einander. (Quelle: Wikipedia)

Gibt es eine Solidarität bei der Polizei? Die gibt es.

Zum Beispiel:

Ein besonderes Zeichen der Solidarität ist gegeben, wenn die Kollegen, die nicht aus Frankfurt kommen und stundenlange Fahrten in

Kauf nehmen, nach Frankfurt entsendet werden, um die Kollegen in Frankfurt zu unterstützen, beispielsweise bei der Bewältigung einer Großdemonstration, z. B. bei der Blockupy Frankfurt.

Wie war es früher?

Im Europa des 19. Jahrhundert hat sich im Zusammenhang mit der Industrialisierung eine Institution Solidaritätsprinzip entwickelt. Die

gegenseitige Absicherung innerhalb der Arbeiterschaft gegen für sie als existenziell bedrohlich wahrgenommene Entwicklungen der kapitalistischen Industrialisierung wurde zur Grundlage und zum Kampfbegriff der Arbeiterbewegung. Es ging um die Soziale Frage.

Die Arbeiter schlossen sich in solidarischen Vereinigungen (Gewerkschaften) zusammen u. kämpften gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen, Verkürzung der Arbeitszeit und höhere Löhne.

Dieser Kampf geht heute weiter. Dies sieht man jeden Tag im Fernsehen, darüber wird im Radio berichtet. Im Internet kann man darüber auch vieles lesen. (Schlecker, Neckermann, Opel, auch die GdP) Sie gehen auf die Straße und kämpfen gegen das Unrecht.

Gibt es keine Demos, niemand beschwert sich, es gibt nur gute Nachrichten, dann wäre alles top.

Dies wäre dann der Fall, wenn wir in einem Paradies leben würden. Und alles ist okay und wir brauchen uns keine Gedanken zu machen.

Wie sieht es bei der Polizei aus? Leben wir im Paradies! Da gibt es nur eine Antwort: Nein.

Es hat sich vieles zum Schlechten entwickelt. 42 Std-Woche, Weihnachtsgeld gekürzt, Urlaubsgeld gestrichen, Lebensarbeitszeit erhöht, die Beihilfe wollen sie kürzen, ständig magere Tarifergebnisse, eventuell Einführung von Erfahrungsstufen statt Dienstaltersstufen.

Vielleicht werden die Leistungsprämien auch noch ein Thema.

Eigentlich müsste man die Hände über dem Kopf zusammenschlagen.

Aber wir haben ja so einen sicheren Arbeitsplatz. Dieses Argument wird immer wieder angeführt.

Nur dies kann nicht so hingenommen werden. Es muss gekämpft werden. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Als Einzelner ist man schutzlos ausgeliefert. Deshalb - die Masse macht es. Je mehr Leute auf die Straßen gehen und kämpfen, umso wirkungsvoller ist dies.

Dies interessiert auch die Presse, die über die Missstände berichtet.

Jetzt zum eigentlichen Thema.

Die Gerechtigkeit braucht Solidarität. Was muss beachtet werden? Was ist wichtig? Es ist wichtig, auf die Missstände hinzuweisen. Dies muss ständig in kurzen Zeitabständen wiederholt werden, um in Erinnerung zurückgebracht zu werden. Es muss betont und verdeutlicht werden.

Es muss verbreitet werden, sei es durch Berichte in Zeitungen, Flyer, Interviews, Artikel im Netz, bei Demos, bei den vielen Gesprächen mit den Bürgern, unter den Kollegen.

Unsere Politiker müssen darüber aufgeklärt werden. Sie müssen überzeugt werden.

Verbesserungs- und Lösungsvorschläge werden ihnen vorgelegt.

Dies bedeutet auch, dass in den eigenen Reihen viele ungeschlüssige Kollegen mitgenommen werden müssen. Sie müssen auch überzeugt werden. Sie sollen sich ebenfalls für Verbesserungen einsetzen und mitkämpfen. Dies kommt ihnen auch zu Gute.

Die Meinung: „Das hat keinen Sinn, das bringt ja doch nichts“, ist fehl am Platz. Man darf die Flinte nicht ins Korn werfen und schon gar nicht kapitulieren oder sich zurückziehen.

Man kommt nicht weiter, wenn man frustriert ist und mit der Polizei abschließt.

Jetzt noch mal zur Gerechtigkeit.

Ein Zitat von Richard von Weizsäcker aus dem Jahr 1986 zur Verantwortung für sozialen Fortschritt und Menschenrechte ist wegweisend und lautet:

„Nur eine solidarische Welt kann eine gerechte und friedvolle Welt sein.“

Was ist gerecht?

Ist es gerecht, wenn unsere Minister in Hessen unsere Beihilfe kürzen, obwohl wir diesen gesundheitsschädlichen Schichtdienst leisten. Wir treten für Recht u. Gesetz ein, müssen die Gesetze ausüben, lassen uns anspucken und beleidigen. Wir werden durch die Übergriffe verletzt. Und als Dank wird uns die Beihilfe gekürzt.

Ist es gerecht, dass wir immer nur mit geringen Tarifierhöhungen abgespeist werden, obwohl dieser gefährliche und gesundheitsschädliche Dienst jeden Beamten fordert. Wir müssen gerichtsfeste, rechtmäßige Entscheidungen in kürzester Zeit treffen. Gerichte haben dazu Wochen Zeit. Mit einem Bein steht man immer im Gefängnis.

Ist es gerecht, dass wir bei der Personalmisere ständig Dienst ver-

sehen. Immer mehr Demos und Veranstaltungen, dies bedeutet auch viele Polizisten für den Einsatz. Und wir müssen immer richtig handeln. Unterläuft uns ein Fehler, werden wir belangt. Wenn z.B. beim Rückwärtsfahren mit dem Dienstwagen ein Poller angefahren wurde. Es entstand ein Schaden am Dienstwagen. Es wird jetzt gegen den Beamten ermittelt, Regressforderungen. Wegen so einer Lappalie, und jetzt soll der Beamte zahlen. Ist dies gerecht?

Ist es gerecht, dass wir in Hessen immer noch die 42 Std.-Woche haben. Die meisten anderen Länder arbeiten in der Woche weniger. Hessen vorn, aber wir gehen „auf dem Zahnfleisch“. Auf Dauer geht dies auf die Gesundheit der Beamten. Wo bleibt da die Gerechtigkeit?

Ist es gerecht, dass wir für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (Wochenende, Nachtdienste, Feiertage) seit vielen Jahren so schlecht bezahlt werden? Jetzt schau ich auch mal zur Privatwirtschaft. Da werden anständige Zuschläge am Wochenende gezahlt.

Ist es gerecht, dass viele festgenommene Straftäter wieder durch teure Anwälte herausgeboxt werden. Im folgenden Nachtdienst werden diese Personen dann wieder von uns festgenommen.

Die schriftlichen, aufwändigen Arbeiten beginnen dann von vorn. Es ist ein Kreislauf. Festnahme-Entlassung-Festnahme. Und dies soll alles gerecht sein.

Ich könnte jetzt noch so weiter machen. Mir fallen bestimmt noch viele Beispiele ein.

Aber wichtig ist: Gerechtigkeit braucht Solidarität. Also packen wir es gemeinsam an. Nur so können ungerechte Zustände in gerechte Zustände umgewandelt werden.

Text u. Foto: Uwe Nachtwey

DUBNICA BAU GMBH

Flörsheimer Str. 23
60326 Frankfurt/M.

Tel. 06102 / 786 300
Fax 06102 / 25 087

Mobil 0178 / 881 51 59

Die Hessische Polizeistiftung



Der Erfolg polizeilicher Arbeit stellt sich immer nur dann ein, wenn ein partnerschaftliches Verhältnis zu den Bürger/innen unseres Landes besteht. Die hessische Polizei ist bürgernah und bürgerfreundlich. Das beweisen die Polizeibeschäftigten Tag und Nacht im Rahmen ihrer Dienstverrichtung. Gerade die hessenweiten durchgeführten „Tage der offenen Türen“ in den Polizeipräsidien und der immense Zuspruch durch die Bevölkerung bestätigen eindrucksvoll das gute Verhältnis zwischen Gesellschaft und Polizei. Als Sicherheitsinstitution genießt die Polizei ein hohes Maß an Vertrauen und die Mehrzahl der Bürger/innen in unserem Land lehnt Gewalt gegen Polizeibeschäftigte ab. Weit mehr Vertrauen wird in die Arbeit der Polizei gesetzt als in die der Politiker. Zum Selbstverständnis des Polizeiberufes gehört es jedoch, dass sich Polizist/innen in Gefahr begeben müssen. Häufig müssen wir in der medialen Berichterstattung zur Kenntnis nehmen, dass die Arbeit der Polizei mit dem Einsatz von Leib und Leben verbunden ist. Nicht selten werden bei besonders schweren Einsätzen unsere Polizeibeschäftig-

ten schwer verletzt oder gar getötet. Dabei ist festzustellen, dass nach der vielleicht spektakulären Berichterstattung das Ereignis schnell in Vergessenheit gerät. Im Bewusstsein der schnelllebigen medialen Welt sind täglich wechselnde Schlagzeilen gegenwärtig.

Polizeistiftung hilft

Viele Polizeibeschäftigte haben sich sicherlich schon oft gefragt: Was geschieht, wenn mir etwas zustößt, mit meiner Familie? Unserem Dienstherrn ist dabei häufig eine enge Grenze gesetzt, auch wenn

die Versorgungsregelungen in den vergangenen Jahren nicht verschlechtert wurden. In diesen Fällen dann zu helfen, Betroffene und Angehörige nicht im Stich zu lassen, hat sich die Polizeistiftung zur Aufgabe gemacht. Diejenigen Beschäftigten, die in ihrem Dienst für die Allgemeinheit Schaden erlitten haben, haben Solidarität verdient.

Die Polizeistiftung betreut oft über Jahre hinweg die betroffenen Kolleg/innen sowie deren Familien und Angehörige.

Im Vorstand der Polizeistiftung sind folgende Mitglieder vertreten: der Landespolizeipräsident, der Vorsitzende des Hauptpersonalrates der hessischen Polizei sowie ein weiteres Mitglied des Hauptpersonalrates.

Darüber hinaus werden wir durch unsere Geschäftsführerin, Silke Wendling, unterstützt. Die Polizeistiftung ist eine Stiftung des bürgerlichen Rechts, sie ist mildtätig und gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung.

Beispiele unserer Unterstützungen sind:

- | Gewährung von Sonderurlauben an im Dienst Schwerverletzte zur schnelleren Regeneration.
- | Finanzielle Unterstützung von Angehörigen getöteter Polizeibeschäftigter bei Eintritt von wirtschaftlichen Notlagen, die zum Teil Existenz bedrohend sein können.
- | Einmalige Weihnachtsunterstützung von ehemaligen Polizeibeschäftigten, deren Ruhestandsbezüge unter dem Sozialhilfesatz liegen.

Ihre Mittel erhält die Hessische Polizeistiftung u.a. auch durch Spenden aus der Bevölkerung, von Institutionen sowie der freien Wirtschaft. Des Weiteren fließen ihr Bußgelder aus Strafverfahren zu. Darüber hinaus kann auch eine Fördermitgliedschaft eine wirksame Unterstützungsleistung sein, um speziell Langzeitfälle noch besser betreuen zu können.

Hiervon in der zurückliegenden Zeit einige Kolleg/innen davon Gebrauch gemacht und sind Fördermitglieder geworden. Wir würden uns aber über jedes weitere Fördermitglied freuen. Als Vorsitzender der Polizeistiftung bedanke ich mich bei allen Fördermitgliedern und Gönnern für ihre Spendenbereitschaft. Gerne stehen wir für weitere Auskünfte unter folgender Anschrift zur Verfügung: Hessische Polizeistiftung, Friedrich Ebert Allee 12, 65189 Wiesbaden, Tel.: 0611 – 353 1773.

Jens Mohrherr, Vorsitzender der Hessischen Polizeistiftung



Erfahrung gestaltet Zukunft

Rückblick auf das 25jährige Seniorenjubiläum der GdP in Berlin



Die hessischen Teilnehmer beim Seniorenjubiläum, v.l., Norbert Weinbach (SH), Bernhard Thomas (FFM), Kurt Grede (NH). nw

Dass GdP-Senior/innen rückwärts blicken, kann man ihnen nicht verdenken, vor allem dann nicht, wenn die Personengruppe der Senioren auf Bundesebene ihr 25jähriges Jubiläum feiert. Den Blick nach Rückwärts hatte Horst Müller, Sachbearbeiter für die Seniorengruppe beim Bundesvorstand, in der Jubiläumsbroschüre „Erfahrung gestaltet Zukunft“ zusammengefasst. Dies war auch das Motto für die Veranstaltung im Mai in Berlin. Es zeigt den Rückblick als „Erfahrung“, und auch die künftige Arbeit mit „gestaltet Zukunft“. Genau dies war der Schwerpunkt in den verschiedenen Reden im Hotel „Angleterre“, wo auch die früheren Seniorenvorsitzenden Willi Bruelheide, 91 Jahre (1991-98), Heinz Blatt (1998-2006), Artur Jung (2006-2010) und der jetzige Vorsitzende Anton Wiemers (seit 2010) anwesend waren. Der erster Vorsitzende, Fritz Göbel (1987-1990) ist bereits verstorben. Aus Hessen haben die Kollegen Kurt Grede, Bernhard Thomas und Norbert Weinbach teilgenommen.

Senioren kein „altes Eisen“

In all den vergangenen Jahren galt für die Senioren immer: „Im Alter mitgestalten“. Die älteren Mitglieder in der GdP, männlich und weiblich, fühlen sich nämlich nicht

als „altes Eisen“, sondern als fester Bestandteil der GdP. Die GdP ist wahrscheinlich auch die einzige DGB-Gewerkschaft, die ihre Senior/innen demokratisch organisiert, von den Kreisgruppen bis zum Bundesseniorenvorstand. Dass das im DGB nicht so ist, wurde von den Senioren immer wieder beklagt. Man sollte nicht vergessen, dass die GdP bundesweit mehr als 170.000 Mitglieder hat, darunter sind fast 30.000 Pensionär/innen und Rentner/innen. Dass die Senior/innen nicht alt sind, unterstrich Hugo Müller, Seniorenbeauftragter im geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand, der in seinem Grußwort die Ansicht vertrat, dass demnächst 50 Prozent der Bevölkerung 50 Jahre und älter seien, dass man sich aber nicht auf den Begriff der Demografie reduzieren lassen solle.

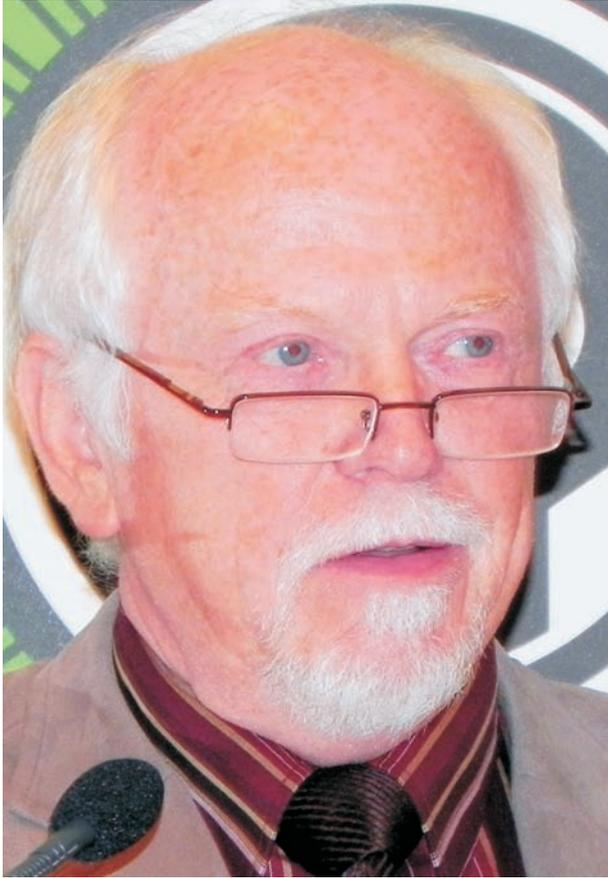
Aktive Seniorenpolitik gefordert

Sein Blick schweifte aber auch auf die allgemeine Seniorenpolitik, wo man sich Gedanken machen müsse, wie man im Alter leben wolle, welche Aktivitäten man entwickeln könne, um lebendig zu bleiben. Er erinnerte an die Dienstzeiten vergangener Jahre, wo Polizei Gewalt und alle anderen Probleme der Menschen erlebt habe. Die heutigen Kolleg/innen hätten darunter noch mehr zu leiden. Es sei Aufgabe der Politik, endlich die zu schützen, die die Bevölkerung schützen. Hier könne man soziale Konflikte noch erkennen und abbauen. Hier sei die Polizei gut ausgebildet und bezahlt. Blicke man aber nach Griechenland, wo die Kolleg/innen durch die Sparmaßnahmen nur noch einen Hungerlohn bekämen, dürfe man sich über Korruption nicht wundern. Man müsse aufpassen, dass es bei uns nicht dazu komme.

Dabei kam Hugo Müller auch auf die sich abzeichnende Altersarmut, auf die Rente mit 67 Jahren, die auf



Sabrina Kunz, Bundesvorsitzende Junge Gruppe. nw



Anton Wiemers, Bundesseniorenvorsitzender. nw

Senioren brauchen keinen „Betreuer“

Der Bundesseniorenvorsitzende Anton Wiemers hielt eine nachdenkswerte Rede. Er sprach von einer Gefühlreise bei der man am Ende die Türe aufmachen müsse, um in die Zukunft zu blicken, die wir alle gemeinsam erleben wollten. Er bezeichnet das Jubiläum als „Silberne Hochzeit“ und zeigte auf, dass die Satzung der Seniorengruppe eine „beratende Tätigkeit“ zuweise. Leider werde der Rat der Senioren aber kaum gefragt. Geschäftsführende Seniorenvorstände führten keine Geschäfte. Dazu fehlten ihnen die Kompetenzen. Zitronenfalter falteten auch keine Zitronen, schrieb er den an-

wesenden Mitgliedern des Bundesvorstands ins Stammbuch. Er habe als KG-Vorsitzender mehr Kompetenzen gehabt wie als Bundesseniorenvorsitzender. Es reiche nicht, wenn die Senioren nicht getadelt würden. „Nicht getadelt ist genug gelobt“, das reiche nicht. Senioren haben im Bundesvorstand einen „Betreuer“. So etwas habe man beim Eintritt in die GdP nicht unterschrieben. „Das haben wir nicht gewollt“. Die Senior/innen seien sich zu schade, sich nach der Verabschiedung aufs Altenteil zurückzuziehen. Wenn auf der Visitenkarte stehe „PHK a.D.“ dann könne man das „a.D.“ auch als „Ade“ verstehen, als „Auf Wiedersehen, mach´s gut“.

Anton Wiemers forderte die Senior/innen auf, geistig und körperlich fit zu bleiben, sich

nicht auf die faule Haut zu legen. Die Senior/innen seien 40 bis 50 Jahre in der GdP, betrachteten sie als ihre Heimat. Deshalb wollten sie auch wertgeschätzt werden, nicht nur wegen des Geldes.

Mut zur innergewerkschaftlichen Demokratie

Der Vorsitzende hielt dem Bundesvorstand auch einen Spiegel vor indem er darauf verwies, dass es in der GdP 30.000 Senior/innen gebe, dass man sie behandeln könne wie eine Bezirksgruppe, mit hauptamtlichem Geschäftsführer, zehn Angestellten und einem eigenen Haushalt. Das sollte die „Vorderen“ nachdenklich machen. „Wir sind ein Wert. Den sollten wir erhalten. Die Frage ist, warum die GdP diesen Wert ignoriert“. Die Senior/innen erwarteten „Mut zur innergewerkschaftlichen Demokratie“. Sprüche alleine nützten nichts. „Wir Älteren werden für unsere Rechte kämpfen“, rief er unter Beifall in den Saal. Anton Wiemers zeigte verschiedene Themen auf, die die Senior/innen betreffen. „Es ist wichtig, einen offenen Dialog zu pflegen, sich zu streiten, sich zu versöhnen und sich gegenseitig anzuerken-

den Prüfstand gestellt werden müsse. Das sei im Grunde nichts anderes als ein Vorwand, die Rente auf diesem Wege zu kürzen. Es könne nicht sein, dass jemand der 40 bis 45 Jahre gearbeitet habe, eine Rente bekomme von der er nicht leben könne. Die Altersarmut gehöre abgewehrt, eine Rente von 650 Euro gehe nicht. Die GdP sei aufgefordert, Defizite nicht nur aufzuzeigen, sondern auch für ihre Beseitigung zu sorgen.

Grußwort Bernhard Witthaut

„Ich freue mich, dass so viele Kolleginnen und Kollegen, die alle ein Stück Gewerkschaftsgeschichte mitgeschrieben haben und immer noch mitgestalten, zwei Tage mit uns in Berlin verbringen. Ich freue mich dass sie rückwärtsblickend, vorwärtsdenkend – Visionen entwickeln wollen, die wir mitnehmen können für die weitere gewerkschaftliche Arbeit“, begrüßte der GdP-Bundesseniorenvorsitzende Bernhard Witthaut die aktiven Jubilar/innen. Witthaut: „25 Jahre Seniorenarbeit ist eine gute Zeit, auf die wir zurückblicken. Die Senioren sind ein Aktivposten in unserer Gewerkschaft.“



Bernhard Witthaut, GdP-Bundesseniorenvorsitzender. nw



Dagmar Hölzl, Vorsitzende Bundesfrauengruppe. nw

nen“, zeigte er den Weg in die Zukunft.

Ein alter Kämpfer

Es gab bei diesem Jubiläum zwar keine Gelegenheit zur Diskussion aber Günter Klinger aus Bayern ergriff die Gelegenheit und beschwerte sich, dass es die Polizei von früher, die „alten Kämpfer“ nicht mehr gebe. Es gebe viele junge Wohlstandsgewerkschafter, die meist nur die eigene Karriere im Auge hätten. Der Mensch alleine zähle heute nichts mehr, wenn er kein Amt habe. „Wenn Du das Amt abgibst, bist Du nichts mehr“, klagte er. Dem Bundesvorstand machte er deutlich, dass die Arbeit „vor Ort“ wichtig sei. Es müsse den Gewerkschaftsvorständen möglich sein, auf die Senior/innen zuzugehen. Er stellte die Frage in den Raum „Habt ihr Angst davor? Ihr gehört auch bald zu uns. Vorstände sollen an die Mitglieder denken, nicht nur an die eigene Karriere. Seniorenarbeit darf nicht ein sich ständig wiederholendes Kasperletheater sein“. Auch hier gab es viel Beifall der Senior/innen.

Hugo Müller wehrte sich zwar gegen die „Vorwürfe“, kam aber mit dem Hinweis alleine, dass der Bundes seniorenvorsitzende stimmberechtigtes Mitglied im Bundesvorstand sei, auch wenn der Seniorenvorstand kein eigenes Budget habe, bei der Jubilaren nicht durch. Auch sein Hinweis, dass man die Seniorenarbeit im DGB verbessern müsse, verfiel nicht.

Grußworte

In ihrem Grußwort erklärte die Bundesvorsitzende der Frauengruppe, Dagmar Hölzl

, dass sie sich für die Hilfe der Senior/innen bei Großeinsätzen der Polizei bedanke. Sie nehme die Senior/innen „als kampflustig wahr, die für ihre Rechte kämpfen“. Sie bedankte sich dafür, dass die Senioren die älteren Frauen betreuten, ging über zur Altersarmut, vor allem bei Frauen und forderte eine bessere Berücksichtigung von Erziehungszeiten. Das sei wichtig für die Höhe der Rente.

Sabrina Kunz, Bundesvorsitzende der Jungen Gruppe sprach über den Dialog der Generationen. Das sei ein Gespräch miteinander. Politik werde in der Regel für die Altersgruppe 35 bis 60 Jahre gemacht. Das reiche aber nicht. Ältere

brauchten eine Lobby, nicht nur wegen der Diskussion um die Demografie. Ihre Meinung, Erfahrung und Kompetenz werde zu wenig erfragt. Auch die Junge Gruppe denke zu wenig daran. Jung und Alt seien eine Solidargemeinschaft. „Wir brauchen uns als Solidargemeinschaft“.

Bedauert wurde im Nachhinein, dass bis auf einen Bundestagsabgeordneten der „Linken“ keine Politiker anwesend waren. Auch die Medien wurden vermisst, wie man im Gespräch beim „gemütlichen Abend“ erfuhr.

Rückwärts blicken – vorwärts denken – Visionen entwickeln

Das Hauptreferat beim Seniorenjubiläum hielt der frühere Bundesvorsitzende der GdP, Hermann Lutz. Er begann mit einem Rückblick auf die von ihm als Fünfjährigem erlebten letzten Tage des II. Weltkriegs und den Beginn bei der Polizei 1957.

Das sei alles Hierarchie gewesen, Ausbilder, die früher Offiziere der Wehrmacht waren. Grundrechte wie Menschenwürde, freie Entfaltung der Persönlichkeit und Mei-



Streitbar wie immer, der frühere GdP-Bundesvorsitzende Hermann Lutz. nw

nungsfreiheit habe es nicht gegeben. 48 Arbeitsstunden pro Woche, plus acht Stunden Bereitschaft, seien die Regel gewesen. Verdient habe er 190 Mark, abzüglich der Verpflegungskosten.

Er wolle sein Augenmerk aber weniger auf das Zurück als auf die Zukunft richten, auf die aktuelle Situation. Die Veränderungen der vergangenen Jahre hätten eine Dynamik angenommen, die viele Menschen nicht mehr verstünden. Die Senior/innen hätten vor 25 Jahren beschlossen, an der Gestaltung der GdP aktiv mitzuarbeiten. Die Bilanz bis heute könne sich sehen lassen.

Kaum Zeit für menschliche Beziehungen

Die Globalisierung und Vernetzung der Kommunikation bringe Weltoffenheit. Leider spreche man nicht mehr „Auge in Auge“ miteinander. Mit mobilen Telefonen und PC sei man weltweit erreichbar. „Die Technik erfasst unser Leben in einem zeitlichen Umfang, der immer weniger Zeit für menschliche Beziehungen lässt“, klagte Hermann Lutz.

Dabei könnten sich die Senioren eigentlich nicht beschweren. Die EU habe das Jahr 2012 zum „Europäischen Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“ ausgerufen, aber man diskutiere, ob man den Alten nicht den Führerschein entziehen könne, die Ablehnung einer Bewerbung eines älteren Menschen sei gerichtlich als „Altersdiskriminierung“ festgestellt worden, es gebe kaum noch Kredite für Menschen 65 plus, Alte werden nicht immer versichert, ab 75 Jahren solle es keine Transplantationen und Operationen mehr geben. Diese Auswahl zeige ein Stück menschlicher Realität. Papier sei geduldig. Man habe festgestellt, dass es eine Fehlentwicklung sei, ältere Menschen vorzeitig in den Ruhestand zu schicken. Das sei ein Verlust für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Alten nur als Kosten- und Risikofaktoren zu sehen, gehe an der Realität vorbei. Die ältere Generation bringe sich vorbildlich ein, sei zu 50 Prozent im Ehrenamt engagiert, z.B. in Kirchen, Verbänden, Kindergärten, sie stelle ein Drittel des Bundesfreiwilligen-



Günter Klinger, Seniorenvorsitzender Bayern, eine kritische Stimme. nw

dienstes, die Zahl der Selbstständigen und Freiberufler nehme zu und in der Entwicklungshilfe engagierten sie sich auch. Ältere Menschen fühlten sich körperlich und geistig noch fit, wollten Kontakt halten zu anderen Menschen, ihre Fähigkeiten nicht verkümmern lassen.

Zahl der Menschen steigt auf 9,3 Milliarden

Heutzutage sterben mehr Menschen als geboren werden. Die Zahl der arbeitenden Menschen nehme ab, u.a. weil die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht funktioniere. Es gebe 160.000 Zuwanderer, heute meist aus osteuropäischen Ländern, die Mitglied der EU seien. Diese Zahl sei deshalb nicht höher, weil es den Menschen an Attraktivität mangle. Zu den Auswanderern gehörten hauptsächlich junge Menschen. Dadurch steige die Zahl der Älteren. Bis 2050 werde die Zahl der Menschen weltweit um 2,3 Milliarden Menschen auf 9,3 Mia anwachsen. Alleine in Afrika lebten 2,5 Milliarden Menschen. Da wachse der Wanderungsdruck auf Deutschland und Europa. Dadurch und durch Klimaveränderung, Konflikte, Kriege könne sich die demografische Entwicklung verschlechtern. Er habe die Hoffnung, dass vorwiegend junge Menschen kommen und auf den Arbeitsmarkt drängen. Auf der anderen Seite seien Zukunftsprognosen fraglich. Sie hätten schon vor 100 Jahren nicht gestimmt. Hoffnung mache ihm auch, dass die Produktivität in den

vergangenen 20 Jahren um 30 Prozent gestiegen sei. Das müsse eigentlich reichen, um auch in Zukunft unseren Wohlstand auszubauen und die Alterseinkünfte zu bezahlen. Er wolle keine Panik machen aber es dürfe keine weitere Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer/innen geben, eher ein Fifty-Fifty. Darauf müssten alle Gewerkschaften achten.

Änderungen zugunsten der Senioren

Man habe jetzt nicht nur die „Alten“ wieder für den Arbeitsmarkt entdeckt, es habe sich zugunsten der Senior/innen auch viel verändert. Technische Hilfen im Automobilbau könnten helfen, länger mobil zu bleiben. Wohnungen würden vermehrt altersgerecht gebaut. Es gebe ein umfassendes Dienstleistungsangebot für Senior/innen und auch Reiseangebote mit medizinischer Begleitung. Deutschland benötige aber auch weiterhin einen Auf- und Ausbau einer altersgerechten Infrastruktur. Vor allem im ländlichen Raum gebe es da noch erhebliche Mängel. Die Heimpflege müsse besser werden. Die Würde des Menschen dürfe nicht an der Eingangstür abgegeben werden, forderte Hermann Lutz. Hier liege noch viel im Argen, wenn er an Bettfesselungen und Ruhigstellungen durch Medikamente denke.

Geld holen bei den Finanzhaien

Alles koste Geld. Die Finanzmärkte hätten Schäden in Billionenhöhe verursacht, die die kleinen Leute bezahlen müssten. Es gehe nicht, dass sich die Banken als „Spielbanken“ verstehen dürften. Der Staat müsse sich das Geld bei den Finanzhaien holen. Überall wo gekauft und verkauft werden, müssten Steuern bezahlt werden, unterstrich Hermann Lutz und stellte die Frage, warum es keine Transaktionssteuer beim Handel mit Wertpapieren gebe. Die Finanzierung unseres Gemeinwesens hänge eng mit der europäischen Währungsunion zusammen. Da gebe es nicht nur Sonnen- und Regenschirme, sondern neuerdings auch Rettungsschirme. Die wüchsen sich zu Haftungsdächern aus. Sollten wir je in Anspruch genommen werden, warnte er, dann kämen finanzielle

Einschnitte auf uns zu, wie wir sie noch nie in der Nachkriegsgeschichte erlebt hätten. In diesem Zusammenhang wurde Hermann Lutz laut und begründete, warum er die Hilfe für Griechenland nicht billigen könne. Das seien alles Betrüger, die man fallen lassen könne. Wer durch Betrug und Fälschung diese missliche Lage verursacht habe, müsse erst im eigenen Land Strukturen schaffen, die die Hilfe anderer rechtfertigten.

Neue Berufsfelder für die GdP

Bedenklich stimme ihn, so Hermann Lutz, dass von 40 Millionen Arbeitnehmer/innen nur 20 Prozent im DGB, im DBB und in anderen Kleinverbänden organisiert seien. Man müsse analysieren, inwieweit neue Berufsfelder auch für die GdP interessant sein könnten. Bei zunehmender Staatsverschuldung sei kaum mit neuem Personal zu rechnen. Das private Sicherheitsgewer-

„Verhandeln statt Verordnen“ bleibe auch weiter ein Wunschtraum der GdP. Als Beispiel nannte er seine Pension. Die werden in den kommenden Jahren durch „hoheitlichen Akt“ um 1% per anno steigen. Bei einer zu erwartenden Inflation von 2,5 % werde sein Gehalt um 10 % gekürzt. Solange wir den Beamtenstatus beibehalten, könnten die öffentlichen Arbeitgeber weiter kürzen und streichen. „Die Schmerzgrenze ist noch nicht erreicht“.



Bundesseniorenvorstand. nw

Demografische Wandel eine Chance

Die GdP müsse im Auge behalten, dass der demografische Wandel keine Bedrohung, sondern eine Chance sei. „Wir brachen das Miteinander der Generationen“, forderte er. Durch gelebte Toleranz seien wir in der Lage, empfundene Bedrohungen solidarisch zu einem für alle tragfähigen Ergebnis zu bringen. Solidarität sei ein Geben und Nehmen, der Mehrheitswille eine Einbahnstraße. Die Föderalismusreform, die wieder abgeschafft werden müsse, zeige die Problematik der Individualisierung auf. Dieses „politische Auseinanderdividieren“ schwäche die Möglichkeiten der Organisation, ernstzunehmende Macht auszuüben.

be, die Sicherheitsaufgaben im Luftverkehr, das sei ein Wachstumsmarkt. Vielleicht seien die Privaten bald auch im Fußballstadion und bei anderen kommerziellen Veranstaltungen vertreten. Die Zukunftsfähigkeit müsse aber Ziel der GdP sein, schrieb er dem Vorstand ins Stammbuch.

Beamtenstatus abschaffen

Er wäre nicht Hermann Lutz, wenn er die GdP nicht aufgefordert hätte, in diesem Zusammenhang ernsthaft über das Beamtenverhältnis nachzudenken. Die Einkommensverhältnisse bei Tarifbeschäftigten und Beamten/innen liefen nicht mehr einheitlich. Tarifbeschäftigte dürften verhandeln. „Beamten werde gegeben – oder auch nicht“.

Angemessener Platz in der GdP

Hermann Lutz schloss seine Rede ab mit einem Appell. Alle Senior/innen in der GdP hätten einen höheren Identifizierungsgrad als die meisten Aktiven. Sie wollten keine Karriere mehr machen, die GdP nicht als Sprungbrett benutzen. Sie seien solidarisch mit dem Polizeibeamten in seiner Vielfalt, egal ob Tarifbeschäftigte oder Beamte.

Senior/innen wollten den Beitrag auch nicht 1:1 aufrechnen, „aber nur Beitragszahler zu sein, ist zu wenig“. Den Senior/innen sei auch nicht bange vor dem Alterwerden. Sie erwarteten aber, dass ihre Interessen einen angemessenen Platz finden in der Gewerkschaftsarbeit.

nw

GdP-Seniorenausflug 2012

Der diesjährige Ausflug der GdP Seniorengruppe Frankfurt führt uns nach Dreieichenhain mit seiner historischen Altstadt, die durch die mittelalterliche Stadtmauer umgeben ist, sowie der Burg Hayn.

Neben der Burg sind ein besonderer Anblick und auch Wahrzeichen von Dreieichenhain die beiden Wehrtürme, das Obertor und Untertor, die die Altstadt nach Westen und Osten abschließen. Die mittelalterliche Stadtmauer mit einer Länge von etwas mehr als 1000 Meter ist noch heute rundum erhalten. Die historische Altstadt mit den Fachwerkhäusern aus dem 15. 19. Jahrhundert im typisch fränkischen Fachwerkstil bilden eine weitere Sehenswürdigkeit.

Ablauf des Ausfluges

Am Mittwoch, den 22. August 2012, treffen sich die Teilnehmer um 09:30 Uhr im Frankfurter Hauptbahnhof, in der Wartezone vor dem Infostand am Querbahnsteig, um dann mit der S 3

um 09:47 Uhr vom Tiefbahnhof in Richtung Darmstadt zu fahren. Ankunft in Dreieich-Buchsschlag um 10:07 Uhr. Dann Umsteigen in die Dreieichbahn in Richtung Dieburg auf Gleis 1. Abfahrt um 10:11 Uhr nach Dreieichenhain. Ankunft um 10:19 Uhr in Dreieichenhain.

Um 10:30 Uhr ist der Beginn eines historischen Stadtrundganges mit der geschichtlichen Figur der „Anna von Falkenstein“.

Gegen 12:00 Uhr wird die Stadtführung an der Dreieichenhainer Burg beendet sein. Hier ist das Mittagsessen in der Gaststätte „Burgbeiz“ geplant. Die Speisekarte bietet für jeden Geldbeutel etwas. Essen und Getränke sind von den Teilnehmern selbst zu bezahlen.

Nach der Mittagspause besteht die Möglichkeit zu einem Rundgang im angrenzenden Dreieichmuseum oder zu einem Stadtbummel.

Die Rückreise ist für 17:00 Uhr geplant. Es besteht die Möglich-



keit halbstündlich mit dem Bus (Linie 64) zur S-Bahn nach Dreieich-Buchsschlag zu fahren und von dort mit der S-Bahn nach Frankfurt.

Sollte bei den Teilnehmern noch Interesse bestehen wäre noch ein Abschluss in einer Apfelweinwirtschaft möglich. Wird am Ausflugstag von den Teilnehmern entschieden.

Der Teilnehmerpreis beträgt 10,00 Euro pro Person, darin sind enthalten die Bahnfahrt, die Stadtführung und der Eintritt in das Museum.

Anmeldung an folgende Anschrift bis zum 10. August 2012 senden:

Gewerkschaft der Polizei
Bezirksgruppe Frankfurt
Seniorengruppe
Seckbacher Landstraße 6

60389 Frankfurt

Die Anmeldung wird erst durch eine Überweisung von 10,00 € Verwendungszweck: Seniorenausflug Ffm 2012, sowie Namensangabe an folgende Bankverbindung, gültig:

GdP Seniorengruppe, Sparda-Bank Hessen, Blz.: 500 905 00, Kontonr.: 4950176

Die Anmeldung bitte in Druckbuchstaben ausfüllen.

| | | |
|--------------------------------------|--------------------------------|----------------------------------|
| Name | Vorname | Geburtsstag |
| Mitgliedsnummer | Name weiterer Teilnehmer | |
| Straße und Hausnummer | PLZ und Wohnort | |
| gemeinsames Essen bitte ankreuzen | ja <input type="checkbox"/> | nein <input type="checkbox"/> |

Das „Wir vor das „Ich“ stellen

Die Geschichte der Familie von US-Präsident Barack Obama

Heute ist er Präsident der vereinigten Staaten von Amerika, Barack Obama.

Wer aber ist Barack Obama, „der mächtigste Mann der Welt“, wie ihn viele Medien bezeichnen? Kann er die Hoffnungen, die wir fast alle in ihn setzen, soweit wir seinen Wahlkampf erlebt haben, wirklich erfüllen? Kann er ein anderes Amerika schaffen, weg von Georg Bush, dem Anti-Amerikaner in den Augen vieler Europäer? Hat ihn die Realität des amerikanischen Alltags nicht schon eingeholt? Denken wir nur an die Verzögerung bei der Umsetzung einer Krankenversicherung für alle Amerikaner oder an die Weigerung Israels, seine Siedlungspolitik aufzugeben.

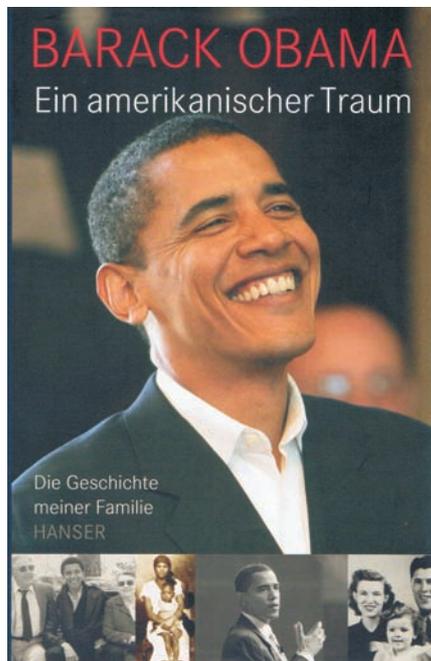
Viele Fragen ranken sich um diesen neuen „schwarzen“ Präsidenten. Ein paar hoffnungsvolle Antworten gibt Barack Obama selbst in seinem Buch „Barack Obama – Ein amerikanischer Traum.“ Es ist die Geschichte seiner Familie.

Erschienen ist dieses Buch bereits 1995 als der Mensch Barack Obama zwar schon politisch aktiv war, als er aber als junger Mann wohl noch nicht daran dachte, einmal Präsident der USA zu werden.

Herausgegeben wurde das Werk in Deutsch im Jahr 2008 im Carl Hauser Verlag München, ISBN 978-3-446-2301-7, im Buchhandel zu bekommen für 19,95 Euro. 2008 zeichnete sich schon ab, dass Barack Obama Präsident werden könnte. Wahrscheinlich gab das dem Verlag den Mut, das Buch herauszubringen. Es ist ein lesenswertes Buch, das vielleicht ein wenig erhellt, warum dieser Präsident anders ist als sein Vorgänger.

Obama ist der Sohn einer weißen amerikanischen Mutter und eines schwarzen kenianischen Vaters, also eine Mischung aus schwarz und weiß. Er hat eine komplizierte Familiengeschichte, da der Vater mehrere Frauen hatte und mehrere Kinder. So hat Barack Obama auch zahlreiche Geschwister, vor allem in Kenia. Hier sucht er in dem Buch nach seinen Wurzeln, weil er wissen

will, wer sein Vater wirklich war. Der, ein hochintelligenter Akademiker, war nämlich nach Afrika zurückgegangen, als Barack noch ein



Kind war.

Barack ging mit seiner Mutter und einem „neuen“ asiatischen Vater nach Indonesien. Dort lebte er in ärmlichen Verhältnissen aber glücklich, wenn man seinen Schilderungen Glauben schenkt. Als Jugendlicher kehrte er zurück in die USA, lebte meist bei seinen Großeltern mütterlicherseits auf Hawaii. Dort erlebte er persönlich die Diskriminierungen, denen „Farbige“, insbesondere „Schwarze“, ausgesetzt waren.

Obama schildert hier seinen Lebensweg, der nicht einfach war, da er all die kleinen Laster der damaligen Jugend (Rauchen Alkohol, Drogen) auch für sich in Anspruch nahm. Er war aber immer auf der Suche nach einem Ausweg aus dieser Erniedrigung. Er trieb Sport und war ein ausgezeichnete Schüler, später ein ebensolcher Student an der Harvard Universität (Stipendium), wo er Jura studierte, was ihm den Weg in die Politik öffnete.

Bezeichnend für den Werdegang Obamas ist aber seine Tätigkeit als „Sozialarbeiter“. Er macht „Stadtteilarbeit“ in den ärmeren Vierteln von Chicago, erlebt viele Enttäuschun-

gen in diesen meist von Schwarzen bewohnten Vierteln. Er versucht mit Hilfe Gleichgesinnter und der dortigen Kirchen (wir würden sie als Sekten bezeichnen) das Los der Menschen zu erleichtern.

Er beschreibt aber auch, wie schwierig es ist, diesen Menschen, eigentlich ganz normalen Amerikanern, klar zu machen, dass sie sich nur selbst helfen können, dass sie stark sind, wenn sie sich organisieren, dass sie das „Wir“ vor das „Ich“ stellen müssen.

Obama sieht die Armut bei Schwarz und Weiß, er kennt die Defizite der Gesellschaft, weiß, dass Bildung mehr als notwendig ist, um aus ärmlichen Verhältnissen raus zu kommen.

All diese persönlichen Erfahrungen prägen das Weltbild des Menschen Barack Obama und sie machen aus ihm den Präsidenten der USA, von dem die Menschen hoffen, dass er ihre Probleme löst. Er kann und wird es wohl nicht schaffen, alle Probleme seines Landes und der Welt zu lösen, ein Hoffnungsschimmer ist er aber doch. Das Buch ist informativ und flott zu lesen. Was mir fehlt, ist die Geschichte vom Aufstieg des Mannes zum Politiker. Wer steckt dahinter?

In dem Buch kann es nicht enthalten sein, da es, wie gesagt, bereits 1995 in den USA erschienen ist. Eine Fortsetzung wäre wünschenswert, denn Barack Obama ist auch ein guter Erzähler. Das sollte man nicht vergessen.

NW

